Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

*Berlin, Mai/Juni 2023* *73. Jahrgang, Nr. 847/848*

# Vor 70 Jahren: Tumulte und Schüsse auf dem Innenhof der Anstalt

*VOS-Mitglied Peter Hippe ist einer der letzten Zeitzeugen des gescheiterten Volksaufstandes*

**Wenn wir auf den Volksaufstand vom Juni 1953 zurückblicken, so gibt es kaum noch Zeitzeugen, die an den Demonstrationen aktiv teilgenommen haben. Glücklicherweise haben wir in den Fg-Ausgaben früherer Jahrzehnte immer wieder authentische Berichte gebracht, so dass das Geschehen dokumentiert ist.**

**Zu denen, die als Jugendliche Eindrücke von dem großen Ereignis gesammelt haben, gehört unser Mitglied Peter Hippe, der im Juni 1953 elf Jahre alt war und schon sehr bewusst zahlreiche Bilder und Erfahrungen von jenen Tagen speichern konnte. Peter Hippe lebte in Halle/Saale und stand in unmittelbarer Nähe der Panzer und der Sowjet- Soldaten. Dass er heute noch über die Eindrücke berichten kann, ist für uns, aber auch für die Schulklassen, vor denen er regelmäßig als Zeitzeuge auftritt, von Vorteil. Anlässlich der 70-jährigen Wiederkehr des Gedenktages wird Kamerad Hippe seinen Bericht sowohl in seiner Wahlheimatstadt Düren (NRW) wie auch auf Einladung des NRW- Landesbeauftragten bei der Veranstaltung im Landtag Düsseldorf halten. Redakteur und Bundesvorstand danken Kamerad Hippe für seine Einsätze.**

In den Tagen vor dem 17. Juni 1953 konnte man in Halle an der Saale schon spüren, dass etwas in Bewegung geraten war. Es war eine gewaltige Unruhe, die sozusagen in der Luft lag. Damals war ich gerade mal elf Jahre alt, ein Kind also noch. Ich war an dem Tag mit meinen Freunden stadtauswärts zur Schule gegangen. Auf dem Weg in die Stadt kamen uns immer wieder Gruppen von Menschen entgegen. Als wir an der Schule ankamen, waren die Türen verschlossen, ein Schild verriet: Der Unterricht fällt aus. Ich kehrte nach Hause zurück, da erzählten mir die Großeltern, dass sie im RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) gehört hätten, dass es heute überall zu Protesten kommen würde. In unserer kindlichen Neugier ging ich mit einem Schulfreund zurück in die Stadt. Unser Weg führte zunächst zur Haftanstalt Roter Ochse und sollte weiter zum Markt gehen. An der Strafanstalt waren schon viele Demonstranten und verlangten, die Gefangenen freizulassen. Das Tor stand tatsächlich offen. Die MfS-Wachleute hatten alle Hände voll zu tun, die aufgebrachte Menge zurückzudrängen. Plötzlich hörten wir im Innenhof Schüsse. Am nächsten Tag erfuhren wir, dass dort tatsächlich zwei Menschen erschossen wurden. Je weiter wir in Richtung Marktplatz kamen, desto dichter wurden die Menschenmassen. Wir spürten, dass sich ein Konflikt mit der Volkspolizei und der Stasi zusammenbraute. Am Hallmarkt stellten wir uns in einen Hauseingang und beobachteten, wie die Volkspolizei die Straßen absperrte. Am Nachmittag wurde über Lautsprecher der Ausnahmezustand über die ganze Stadt verhängt. Später, vielleicht gegen 17 Uhr, sahen wir russische Panzer anrollen, sie fuhren vom Obermarkt zum Hallmarkt und richteten ihre Kanonen auf die Demonstranten. Der sowjetische Stadtkommandant rief das Kriegsrecht aus.

Es muss etwa 18 Uhr gewesen sein, als die Großkundgebung begann. Für den nächsten Tag wurde zum Generalstreik aufgerufen, die Kernforderungen waren: freie Wahlen, Senkung der HO-Preise, der Rücktritt der Regierung. Dann wurde die Nationalhymne der Bundesrepublik gesungen –für die Freiheit, für die Demokratie und ein vereinigtes Deutschland. Die Demonstranten wurden per Lautsprecher aufgefordert, den Marktplatz zu räumen. Als sie der Forderung nicht nachkamen, rückte die Volkspolizei mit aller Härte gegen die Demonstranten vor. Diese warfen in ihrer Wut Flaschen und Steine auf die Panzer. Das Schlimmste für uns war zu sehen, wie die Leute brutal zusammengeschlagen wurden. Das kann man nie wieder vergessen. Am nächsten Tag haben wir erfahren, dass es acht Tote und Hunderte Verletzte gegeben hat. Und es gab etliche Verhaftungen und Prozesse an den Folgetagen. Auf dem Rückweg hatten wir Glück, dass wir Kinder an allen Absperrungen durchgelassen wurden. Am Gefängnis haben uns russische Soldaten auf ihre Panzer gesetzt und Fotos von uns gemacht, sie waren nett zu uns; aber heute weiß ich, dass ihre Freundlichkeit nicht zu dem passte, was mit den Demonstranten geschah. Denn das, was ich gesehen habe, ist für mich auf Lebenszeit zu einem Trauma geworden. *Peter Hippe*

Wiewohl in diesem Monat Juni der große Jahrestag zum Volksaufstand von 1953 mit vielen Gedenkveranstaltungen, an denen höchste deutsche Politikerinnen und Politiker zu sehen und zu hören sein werden und diesmal auch einige Opfer und Widerständler der SED-Diktatur geladen sind, das bestimmende Thema ist, möchte ich unseren aktuellen Belangen Vorrang geben und noch einmal über die Art und Weise berichten, wie wir SED-Opfer und einstige Widerständler inzwischen wahrgenommen werden.

Wie man an anderer Stelle in dieser Fg im Leserbrief des von mir hochgeschätzten 97-jährigen Kameraden Karl-Heinz Genath und im Kommentar des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden F. H. Holtschke nachlesen kann, ist die Hälfte der Regierungszeit unserer Ampelkoalition – sofern sie nicht, worum man in unregelmäßigen Abständen zittern muss, auseinanderbricht – herum, und es geschieht fast nichts in Sachen Besserstellung der ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur. Nicht einmal im Hinblick auf die äußerst vagen und von vielen Betroffenen nicht priorisierten Maßnahmen wie Prüfung eines Inflationsausgleichs zur Opferrente oder Schaffung eines separaten Härtefallfonds, der nur unserer Opfergruppe zugutekäme. Für mich verbinden sich mit diesem Zustand zwei Fragewörter: Ob und wann. Soll heißen: Wird denn nun wenigstens diese Minimalzielstellung konkret ins Auge gefasst?

Ich hatte in der vorigen Ausgabe das Positionspapier der SPD vorgestellt und aus unserer Sicht und mit unseren Bedürfnissen, Hoffnungen und Vorstellungen kommentiert. Es ist jedoch noch keine Reaktion erfolgt. Nun steht, auch darauf weist Kamerad Genath hin, demnächst die Sommerpause des Bundestags vor der Tür, und im Übrigen redet man längst über Themen und Probleme, die demjenigen, der das Radio noch nicht zertrümmert hat, hinreichend geläufig sind und die ich nicht aufzählen muss. Dass wir als ehemalige politische Häftlinge, die wesentlich zum Sturz der SED- Diktatur und zur Wiedervereinigung beigetragen haben, letztlich in der Ecke stehen – Gedenkveranstaltungen, auf denen Politiker glänzen können, ausgenommen –, haben wir in der Freiheitsglocke oft genug thematisiert. Wir wissen, dass das so ist und mühen uns dennoch weiter und weisen auch immer wieder auf unsere Verdienste und unsere Schicksale – die der verstorbenen Kameradinnen und Kameraden inbegriffen – hin.

## Auf ein Wort des Redakteurs

Es mag gewiss den Anschein von naiver Unermüdlichkeit und eine Sisyphos-Mentalität offenbaren, dass ich das hier weiterhin tue. Aber erstens ist die Beharrlichkeit, mit der Karl-Heinz Genath für unsere Interessen kämpft, für mich zugleich Vorbild und Ansporn, und zweitens weise ich darauf hin, dass alle Ausgaben der Freiheitsglocke archiviert sind. Und dies gilt nicht nur für jene 312 Ausgaben, die ich als Redakteur geschafft habe und dies geschieht nicht nur in privaten Archiven. Soll heißen: Die Nachwelt wird in 100 Jahren aufmerksam lesen können, was mit teils heißer Nadel gestrickt bzw. geschrieben wurde und wie man mit uns umgeht.

Im April / Mai 2023 schrieb ich als SED-Opfer und ehemaliger politischer Häftling sowohl an den Finanz- wie auch den Minister für Arbeit und Soziales, ich brachte in beiden Schreiben die Anliegen von uns Betroffenen hinsichtlich einer unkomplizierten Erhöhung der Opferrente vor und erinnerte an die Aussagen der Parteien in den vom Bundesvorstand eingebrachten Wahlprüfsteine.

Die Antwort erhielt ich jedoch nicht von den von mir angeschriebenen Minister- bzw. Parteibüros, sondern per Email von einem Mitarbeiter des Justizministeriums, worin auf den Passus im Koalitionsvertrag und die Schaffung eines Härtefallfonds sowie die beabsichtigten Fristenverlängerungen bei Antragstellungen verwiesen wurde. Auf den Inhalt meines Schreibens – vor allem auf die Bitte um persönliche Gespräche mit uns Betroffenen – wurde nicht eingegangen. Bezeichnenderweise machte man sich nicht einmal die Mühe, im Justizministerium den Eingang des zweiten Schreibens zu bestätigen. Natürlich habe ich keine Antwort der Minister bzw. der Parteivorsitzenden erwartet. Aber die befremdliche Bürokratie und das überheblich anmutende Gebaren, mit dem man nicht nur mir, sondern einer breiten, geschichtlich keineswegs unbedeutenden Gruppe an Menschen gegenüber tritt, empfinde ich als erniedrigend und unverantwortlich. Es hat den Anschein, als würden wir bestenfalls noch verwaltet. Die großartigen, getragenen Worte zum Gedenken an den Volksaufstand können diese Art der Behandlung nicht aufwiegen – im Gegenteil.

Die Erfahrungen, die wir mit unseren Schreiben an die führenden Bundespolitiker und die Ministerpräsidenten der Bundesländer gemacht haben, zeigen, dass ich hier nicht über einen Einzelfall berichte. Der Bundesvorstand der VOS hat sich mit dem Appell zum Gedenken an den 17. Juni 1953 sowie einem Begleitschreiben an die vorgenannten Instanzen bzw. Personen gewandt. Inhaltlich zustimmend haben sich lediglich der Ministerpräsident des Bundeslandes Sachsen und Frau Malu Dreyer aus Rheinland-Pfalz geäußert. Man kann die Details auf Seite 6 dieser Ausgabe nachlesen.

Dies alles darf nicht heißen, wir geben auf oder kriechen in die Ecken, in denen man uns wähnt. Der kommende Gedenktag findet nicht ohne uns statt. Die Politiker brauchen uns zumindest für dieses Ereignis.

Es liegt demnach an uns, ob wir uns als Komparsen oder Veteranen ausstaffieren lassen oder ob wir uns stärker positionieren. Mit etwas Geschick sollte man versuchen, selbstbewusst aufzutreten und den Anwesenden, wozu auch die Medien gehören, unsere Verdienste aufzuzeigen und mehr Aufmerksamkeit sowie soziale Besserstellung zu fordern.

*Bis zur nächsten Ausgabe*
*Ihr Alexander Richter-Kariger*

**AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:**

Aufstand 17. Juni und die letzte Nachfolgegeneration: Mission erfüllt und abgehakt?


***Titelseite***

**Volksaufstand vor 70 Jahren**
Zeitzeuge Peter Hippe: „Es wurde ein lebenslanges Trauma für mich.“

***Redaktionsthema*:**
**Entwürdigend und schnöde**
Wie Politik und Behörden mit uns Betroffenen inzwischen umgehen 2

**Mehr als ein halbes Jahr ohne Tageslicht und in Isolation der politischen Haft**
Hohe Auszeichnung für sächsischen Landesvorsitzenden Frank Nemetz 4

**Die Wegbereiter der Wiedervereinigung Deutschlands im Stich gelassen?**
Bundesvorstand wendet sich wegen Fremdrentenunrecht an die NZZ 5

**Ein Schicksal und ein Leben für die Wahrheit und die Demokratie**
Gartenschläger-Freundeskreis hält unverbrüchlich an jährlichem Gedenken fest 6

**Nachruf Gerhard Thalacker: Für Meinungsfreiheit, Demokratie und gegen das Unrecht gekämpft** 7

**Neubrandenburg: Wurden die Opferverbände wieder nicht beteiligt?**
Zum Bau des neuen Polizeipräsidiums 7

**Absicht oder Behördenschlendrian?**
Die Rekonstruktion der zerschnipselten Stasi-Akten kommt nicht voran 7

**Den Verband lange am Leben halten**
Bundesvorstand der VOS tagte im Mai 8

**Das Archiv füllt sich mit Leben**
Zeitzeugenprojekt NRW erstellt einstündige Video-Aufnahmen 8

**Das Thema Volksaufstand bleibt auch in Rheinland-Pfalz auf der Tagesordnung**
Ministerpräsidentin Dreyer trifft hierzu eine klare Aussage 9

**Wichtiger Aktivposten in seiner Stadt**
Stadt Düren vergibt Peter Hippe Medaille 9

**Muss man dieses scheußliche Vaterland lieben oder hassen?**
Der Krieg gegen die Ukraine sorgt für Nachdenklichkeit und Erinnerungen 10 – 11

**Am Rand des Krieges oder bald schon in dessen Mitte?**
Putins schwer begreifliche Kehrtwendung zum Neo-Sowjetismus 12

**Lesezeit: Bücher von und für uns:**
**Ein West-Journalist reist nach Bautzen**
Eberhard Schellenberger aus Würzburg

**Die Haft und ihre Folgen: Recherchen und Erkenntnisse**
VOS Sachsen gibt Band neun der Reihe mit Häftlingsschicksalen heraus

**Eine Kleinstadt und die Aufarbeitung von SED-Unrecht**
VOS Sachsen-Anhalt gibt Buch über Schicksale Zeitzer Opfer heraus 13 – 17

**Gute Themen, aber RÜG und Initiative 800 fehlten**
Brandenburgs Ministerpräsident Woidke lädt zum jährlichen Treffen mit SED-Opfern ein 18

**Kurzkolumne:**
Kleine und große Summen: Unsere Ex-Kanzler*innen und ihre Pensionen 19
Jörg Bilke 1961: das Missfallen der Stasi herausgefordert 19
Gute Polster – nicht für jede und jeden 19

Briefe, DDR-Lexikon 7, 9, 12
Glückwünsche 12
Nachrufe 7, 10, 12, 19
Impressum, Veranstaltungen 20


**Spendenbereitschaft hilft uns allen:**
Gisela Härtel, Walter Schrader, Harald Hemmerling, Dr. Uwe Bastian, Maria und Christian Kaden, Roland Steinbach, Beate Rusch, Gerd Lewin, Wilfried Seifert, Karl-Heinz Ulrich, Kurt Schröder, Karl-Günter Wehling, Waltraud und Johannes Rink, Waltraud Baumann, Dr. Steffi Lehmann, Anneli Fratz, Manfred Krafft, Paul Radicke, Rocco Schettler, Dr. Bernd Palm, Dr. Bernd Röhlig, Frank-Michael Nemetz, Klaus Wiese, Gerd Ahnert, Michael Faber, Sylwester Seraczek, Reinhard Klingmüller, Fritz Schaarschmidt, Peter Schneeweiß, Felix-Heinz Holtschke, Horst Wagner, Bernd Brenzel, ARK

Danke allen, die auch weiterhin großzügig für das Weiterbestehen unseres Verbandes gespendet haben.

**An alle, die für dieses Jahr noch keinen Beitrag gezahlt haben, ergeht hiermit die Erinnerung, dies nachzuholen. Es ist eine falsche Auffassung von Kameradschaftlichkeit, wenn andere Mitglieder für die Deckung unserer Ausgaben (Freiheitsglocke, Bundesgeschäftsstelle u. a.) aufkommen, während Einzelne dabei zurückstehen. Sollte das Geld bei jemandem nicht mehr für den Beitrag reichen, was natürlich angesichts der allgemein steigenden Preise verständlich wäre, wäre es zumindest angebracht, die Bundesgeschäftsstelle zu informieren.**

**Themen, Kommentare, Berichte, Buchvorstellungen in der nächsten Freiheitsglocke (ohne Gewähr):**
Helfried Dietrich: *Wie lange noch?*
Marie Luise Knopp: *Ein Blick hinter Mauern*
Siegmar Faust: Herausforderer und Lebenskünstler (heiter-traurige autobiografische Rückblicke)

# Sachsen: Hohe offizielle Anerkennung für einen Vollblut-VOSler

*Frank Nemetz aus Leipzig erhält vom sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland*

Seine Verdienste sind unübersehbar, seine Aktivitäten waren alle Zeit zum Nutzen der VOS und zur Verbesserung der Lage der SED-Opfer und im Sinne der Anerkennung ihres historischen Beitrags am Sturz des SED-Regimes – gemeint ist Frank-Michael Nemetz, seit 2014 Landesvorsitzender der VOS im Bundesland Sachsen und für eine Wahlperiode Stellvertreter des Bundesvorsitzenden unseres Verbandes. Erwähnenswert ist zudem seine Mitarbeit im Stiftungsbeirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, wo er sich besonders für die Errichtung eines Gedenkortes auf dem Gelände der ehemaligen Haftanstalt in Karl-Marx-Stadt einsetzte und einen Nachweis für die Freilassung von Staatsbürgern der DDR gegen die Zahlung von Devisen an einen anderen Staat mit sicherte. Um eine allgemein gebrauchte Redewendung zu benutzen: Es handelt sich um den Freikauf von politischen Häftlingen der DDR. Dieser unwürdige Vorgang ist hier anschaulich gemacht worden, er hat einen festen, gegenständlichen Platz, und alle, die diese letztlich als heilvoll bezeichnete Stätte durchlaufen haben und im Innenhof des Stasi- Gefängnisses den Bus in Richtung Gießen besteigen durften, wissen das zu schätzen.

Viele andere Leidensorte existieren längst nicht mehr, weil sie im Zuge des Umsturzes im Herbst 1989 von den Tätern auf die Schnelle beseitigt wurden. Ein Beispiel wäre das Zuchthaus Brandenburg, wo schon kurze Zeit nach der Wiedervereinigung aus Zellen für zwölf oder 18 Häftlinge komfortable Ein- oder Zwei-Personen-Apartments entstanden. Wer zu DDR-Zeiten hier inhaftiert war und über die Zustände in der Anstalt, über die Behandlung durch das Wachpersonal und die Zivilangestellten oder die schwierige Koexistenz mit all den Schwerstkriminellen und Psychopathen berichtet, dem wird selten geglaubt. Selbst die authentischen Dokumente, Haftberichte oder Buchveröffentlichungen werden als unwahr oder übertrieben abgetan. Und daran wird sich nun vermutlich nichts mehr ändern.

Man sieht demnach, dass es möglich ist, Erinnerungs- und Lernorte zu schaffen. In Chemnitz setzt sich der Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis, dem Frank Nemetz angehört, seit über zehn Jahren dafür ein.

Ein anderes Beispiel für die anschauliche Aufarbeitung der Diktatur und der politischen Haft wäre das Cottbuser Gefängnis, wo sich unser Bundesvorsitzender Hugo Diederich, aber auch der nimmermüde Schreiber Siegmar Faust sowie der ehemalige Brandenburgische CDU- Generalsekretär Dieter Dombrowski nachdrücklich für die Entstehung eines Menschenrechtszentrums, das mittlerweile global verlaufende Verbindungen bis nach Argentinien geknüpft hat, für die gegenständliche Zeitzeugenschaft der Verbrechen einer ansonsten zunehmend verharmlosten und vergessenen Diktatur stark machten.

Ministerpräsident Kretschmer, der den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland am 19. sowie am 22. April an elf weitere verdiente Bürgerinnen und Bürger (darunter Martina de Maziere, die sich für Soldatenfamilien und benachteiligte Jugendliche und Kinder einsetzt) überreichte, würdigte die Leistungen von Frank Nemetz in seiner bewegenden Ansprache und stellte damit unter Beweis, dass die Anerkennung des Widerstands gegen die SED- Diktatur keineswegs – wie bei Politikern mitunter zu beobachten ist – ein angelesenes Lippenbekenntnis sein muss.

Frank-Michael Nemetz, der in Brandis bei Leipzig geboren wurde, ist im Kreise der VOS- Mitglieder und deren Sympathisanten durchweg beliebt und wird wegen seiner Aktivitäten hochgeschätzt. Mit seinen nunmehr 78 Lebensjahren gehen ihm auf diesem Weg unsere Glückwünsche und unser Dank für sein Engagement zu. Auch er gehört zu den Überlebenden des Widerstands gegen die SED-Diktatur und ist nach wie vor ein wichtiger Vertreter der „Echten Letzten Generation“. Nicht zuletzt ist auch die VOS stolz auf die zuteil gewordene Auszeichnung, wird doch der Verband mit der Ehrung des Einzelnen ebenfalls geehrt.

Zum entstehenden Lernort für Demokratie im ehemaligen Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz hat Frank Nemetz einen besonderen Bezug. Hier war er 1968 mehr als ein halbes Jahr ohne Tageslicht und in Isolation inhaftiert, da ihm die Stasi vorwarf, in die Fluchtpläne eines Freundes und dessen Schwester verstrickt gewesen zu sein. Es ging um gefälschte Pässe, die Nemetz angeblich zur Flucht in den Westen habe nutzen wollen. Obwohl sich die Anschuldigungen nicht beweisen ließen, verurteilte ihn das Gericht wegen Beihilfe zur Flucht zu zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. *T. H.*

# Um mit wenigen Worten die Antwort vorwegzunehmen: Im Abseits!

*Vorstandsmitglied FH Holtschke wendet sich mit Brandbrief an die ausländische Presse*

**Bisher fanden die Opfer der SED-Diktatur wenig Gehör, wenn es um Rechtsansprüche und bessere Leistungen ging. Auch die großen Medien nehmen keine Notiz davon. Im Mai wandte sich VOS- Vorstandsmitglied Felix H. Holtschke mit einem emotionalen Schreiben an die Neue Züricher Zeitung mit der Bitte um Unterstützung. Der Brief musste aus Platzgründen und weil die Thematik den Fg-Lesern bekannt ist, gekürzt werden.**

Das politische Thema, das uns als *Vereinigung der Opfer des Stalinismus* sowie befreundete Organisationen wie die *Interessengemeinschaft ehemaliger DDR- Flüchtlinge* bereits seit Jahrzehnten nicht zur Ruhe kommen lässt, tritt am Vorabend des 70. Jahrestages des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland zwangsläufig für uns Betroffene wieder auf die vorderste Agenda. Es ist die Frage, die an einem derartigen Gedenktag unabwendbar aufkommt, wo wir ehemaligen Flüchtlinge aus der zweiten deutschen Diktatur und Opfer des SED-Regimes uns im wiedervereinten Deutschland 70 Jahre nach dem Volksaufstand wiederfinden – gesellschaftspolitisch als auch sozial. Um mit wenigen Worten die Antwort vorwegzunehmen: Im Abseits!

Der Bundesvorstand der VOS hat den politisch Verantwortlichen im Land – gemeint sind der Bundeskanzler, der Bundespräsident und die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder – im Hinblick auf unseren bevorstehenden Gedenktag einen Appell versandt, in dem wir die Politiker auffordern, an diesem 17. Juni nicht die Wegbereiter der Wiedervereinigung zu verschweigen. Eine persönliche und mutmachende Antwort erhielten wir bislang nur von MP Kretschmer aus Sachsen. Die Staatskanzleien in Erfurt und Kiel sandten lediglich Eingangsbestätigungen ... Es ist also leider zu erwarten, dass die letzten Kämpfer des SED-Regimes und somit Zeitzeugen am bevorstehenden Gedenktag bundesweit bestenfalls als Staffage für die bekannte blumenreiche Selbstdarstellung des unbeteiligten politischen Establishments zu fungieren haben werden. Von Verbesserungen der sozialen Situation sowie einer gesellschaftspolitischen Rehabilitierung ist konkret kaum etwas zu hören.

Auch Ihnen als Chefredakteur der unabhängigen NZZ sandten sowohl der Vorstand der IEDF und wir von der VOS, teils gemeinsam, teils separat, mehrfach Gesprächsangebote per Brief bzw. Email in eigener Sache, um den offensichtlich seinerzeit vom Bundeskanzleramt inszenierten medialen Panzergraben des Schweigens und Ignorierens insbesondere über den Rechtsbruch gegenüber den Geflüchteten und den freigekauften ehemaligen politischen Häftlingen des SED-Regimes wenigstens von außen zu durchbrechen. Leider vergebens. In der Sache selbst herrscht auf seiten der Legislative als auch der Exekutive nach wie vor ein ignoranter Stillstand: Unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zum Fremdrentenunrecht aus dem Jahre 2012 wurde nach vier Jahren die Annahme verweigert. Hingegen wurden die der Systemträger des SED- Regimes Anfang der 2000er Jahre positiv beschieden mit der Folge, dass die ursprünglich einkassierten hohen Sonderrenten der Funktionäre rückwirkend in legale Rentenansprüche der Bundesrepublik gewandelt worden sind.

Die von UOKG, der IEDF und VOS im April 2018 beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags eingereichte Beschwerde-Petition schmort nunmehr seit über fünf Jahren unbeantwortet in einer Schublade im Berliner Jakob-Kaiser-Haus. Ignoranter, undemokratischer und damit skandalöser kann der staatliche Umgang mit einer anerkannten Opfergruppe der zweiten deutschen Diktatur nicht sein! Es ist beschämend und eines Rechtsstaates unwürdig! Dabei liegen den politisch dafür Verantwortlichen einschließlich des Petitionsausschusses inzwischen unwiderlegbare Fakten auf dem Tisch: So in der führenden juristischen Fachzeitschrift *Neue Justiz*-Ausgabe 07-2022 in dem Beitrag von N. Geis und N. Kowalczyk mit dem Titel: *Die deutsche Teilung und der rechtswidrige Wegfall des Rentenanspruchs der Flüchtlinge und Übersiedler.*

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke übergab mit Datum 27. Oktober 2022 eine Stellungnahme zur UOKG-IEDF-VOS-Petition vom April 2018 an den Petitionsausschuss. Selbst einer Bundesbeauftragten schuldet dieses Gremium bisher eine rechtsstaatlich gebotene Antwort!

Ganz aktuell verweisen wir auf eine Buchveröffentlichung mit dem Titel *Wie lange noch?* Mit dem Untertitel *Seit 30 Jahren vom Rechtsstaat geprellt.* Der Autor Helfried Dietrich gehört zum Vorstand der IEDF. Er schildert unter Anfügung von Originaldokumenten seine eigenen, symptomatischen Erfahrungen damals in der DDR, bei ihrem Verlassen, beim Einleben in der alten Bundesrepublik und schließlich die im wiedervereinten Deutschland. Man kann dieses Sachbuch allen Beteiligten dringend zur Pflichtlektüre empfehlen, insbesondere dem amtierenden Arbeitsminister, dem Petitionsausschuss und den Richtern des Bundesverwaltungsgerichtes, damit die Betroffenen – in Ermangelung einer Mindest-Fehlerkultur seitens der dafür Verantwortlichen – nach Jahrzehnten des Hinhaltens und des Aussitzens doch noch zu ihrem Recht kommen mögen. Eine lückenlose Chronik des Kampfes gegen das Fremdrentenunrecht ist auf der Internetseite der IEDF www.flucht-und-ausreise.info dokumentarisch hinterlegt.

Wir appellieren noch einmal an die NZZ und damit an Sie persönlich als Chefredakteur: Dieses hier beschriebene soziale Unrecht gegenüber den vor dem Fall der Berliner Mauer Geflüchteten und freigekauften politischen Häftlingen sollte insbesondere im 70. Gedenkjahr des Volksaufstandes vom Juni 1953 eine Steilvorlage für kritische und unabhängige Medien sein, die Deutschland und seine Geschichte im Focus haben.

*Felix Heinz Holtschke im Namen des VOS-Bundesvorstandes*
*Stellv. Bundesvorsitzender d. VOS*
*08.05.2023*

# Ohne diese waghalsige Tat hätte es noch viele Grenz-Tote gegeben

*VOS-Freundeskreis Hamburg begeht am 47. Todestag Gedenken an Michael Gartenschläger*

(HB/Fg) Der 30. April 2023: Wie jedes Jahr trafen wir uns an diesem Tag in der Nähe von Büchen an der ehemaligen Zonengrenze, um das Andenken an Michael Gartenschläger zu ehren. Wir, das ist die Freundesgruppe Michael Gartenschläger innerhalb der VOS- Landesgruppe Hamburg.

Am dortigen Großen Grenzknick der Trennungslinie zwischen West und Ost hatte Michael bereits zweimal eine SM-70-Mordwaffe vom Metallgitterzaun der DDR-Grenzanlagen demontiert. Durch eine Veröffentlichung im Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* wurden nun die Lügen des SED-Regimes widerlegt. Dieses Regime leugnete bis dahin die Existenz der Selbstschussanlagen kategorisch.

Die SM-70 waren mit scharfkantigen Metallsplittern geladen. Hatte es ein Flüchtling bis an den Metallgitterzaun geschafft und berührte er dabei ahnungslos den gespannten Verbindungsdraht, wurde der Schuss ausgelöst, und bis einhundert kleine, scharfkantige Metallteile lösten sich aus der Anlage. Sie wurden zu Geschossen, die sich in den Körper des Flüchtenden bohrten. Entsetzliche Wunden entstanden, die nicht selten den Tod zur Folge hatten.

Beim Versuch, in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 eine dritte SM-70 zu demontieren wartete bereits ein Kommando des MfS auf Michael. Sie schossen aus dem Hinterhalt ihre Magazine leer. Gartenschläger verstarb innerhalb kurzer Zeit. Noch immer fehlen Informationen über den Vorgang, egal dass Jahre später unter den Rechtsverhältnissen der Bundesrepublik eine gerichtliche Aufarbeitung erfolgte.

Wir, die Freundesgruppe, sind sicher, ohne Michaels patriotische Tat wären in den nachfolgenden Jahren viele weitere Flüchtlinge durch die Selbstschussgeräte ums Leben gekommen. Nach der Offenlegung ihrer Existenz sah sich das Honecker-Regime gezwungen, die Anlagen abzubauen.

Uwe Rutkowski, der Vorsitzende der VOS-Gruppe Hamburg und des Freundeskreises sowie ehemaliger Haftkamerad von Michael Gartenschläger im DDR-Zuchthaus Brandenburg, würdigte mit persönlichen Worten die Tat und die Person Michael Gartenschläger, dessen Schicksal bedauerlich ist, der jedoch für uns unvergessen bleibt.

Nach unserer kleinen Gedenkfeier ziert nun wieder ein Kranz der VOS das stählerne Gedenkkreuz. Es befindet sich an der Stelle, wo Michael Gartenschläger durch den hinterhältigen Anschlag aus seinem Leben gerissen wurde.

Ich persönlich glaube, Michael ist während der Gedenkminute und beim Klang unserer Deutschen Nationalhymne dort oben auf seiner Wolke genau so andächtig gewesen wie wir. Vielleicht wünscht er sich dort auch wieder einmal seine Idole aus der Jugendzeit Elvis, Bill, Ted und die anderen Musikgrößen zu hören.

Wir werden sehen bzw. hören …

Dort, am Grünen Band, sind häufig Wanderer, Radtouristen, Pilzsucher oder eben Geschichtsinteressierte unterwegs. So nahmen an unserer internen Gedenkveranstaltung zwei Geschichtslehrer aus der näheren Umgebung teil. Diese wollen nun ihren Gymnasiasten das Erlebte weiter vermitteln. Gespräche der beiden Lehrer mit anwesenden Zeitzeugen ergänzten deren Wissensdrang.

Der Wunsch bzw. das Anliegen unserer Freundesgruppe ist es, dass die geschichtlich bedeutsame Gedenkstätte auf Dauer ihren Charakter und den gepflegten Zustand behält und weiterhin Beachtung erfährt. Der Ort ist im Internet bei Google Maps unter #Gartenschlägereck# zu finden. Ebenfalls gibt es einen Hinweis unter https://www.30-jahre-gruenes-band.de.

*Harald Beständig*
*VOS-Bezirksgruppe Hamburg*

*Redakteur und Bundesvorstand danken für diesen informativen Bericht. Ebenfalls geht ein Dank an die Teilnehmenden der Exkursion.*

## Informatives

Das Gartenschlägereck ist Teil des Grünen Bandes, das auf der Linie des ehemaligen Todesstreifens verläuft. Heute trennt diese Linie die Bundesländer Mecklenburg- Vorpommern und Schleswig-Holstein voneinander. Wanderer und Rad-Touristen, die den kleinen Gedenkort passieren, sind überrascht und informieren sich per Ifon über die Zusammenhänge. Das ist wichtig und sollte so bleiben. *H.D:*

# Gerhard Thalacker aus München mit 85 Jahren verstorben

*Bundesvorstand mit Beileidsbekundung und in Trauer um einen verdienten Kameraden*

Am 9. April verstarb nach einer zuletzt sehr schwer für ihn zu ertragenden Zeit unser verdienstvoller Kamerad Gerhard Thalacker aus München. Er wurde 85 Jahre alt und gehörte dem Verband seit 1990 an. Seit vielen Jahren nahm er an den Generalversammlungen der VOS teil, wo er sich im Sinne des Verbandes einbrachte. Zugleich war er in seiner Heimatstadt in der CSU aktiv. Dort wurde er noch 2018 in den Vorstand der Seniorenorganisation seiner Partei gewählt und bekleidete das Amt des Stellvertreters. Im Jahr 2019 gehörten er und seine Ehefrau Christa Thalacker zu den Unterzeichnern eines von der Havemann-Gesellschaft initiierten Protestschreibens gegen die von Gregor Gysi beabsichtigte Rede anlässlich der Feierlichkeit zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution in einer Leipziger Kirche. Darin bekräftigten bedeutende Vertreterinnen und Vertreter der früheren DDR-Opposition und Beteiligte der DDR-Aufarbeitung sowie Wissenschaftler, Künstler und politische Kräfte aus den Alten und den Neuen Bundesländern ihre Ablehnung gegen dieses Vorhaben.

Gerhard Thalacker war ein bedingungsloser Verfechter von Freiheit und Demokratie. Ihm war wichtig, dass jemand, der öffentlich seine Meinung bekundete, für diese auch ungehindert einstehen und sie gegen Widersacher verteidigen konnte. Er selbst beherzigte diesen Grundsatz immer wieder, wobei er dies in Leserbriefen und Diskussionen kundtat.

Gerhard Thalacker war 62 Jahre mit Ehefrau Christel verheiratet. Die Trauerfeier, in der sein Leben und sein Einsatz gegen das Unrecht gewürdigt wurden, fand im Mai 2023 im Beisein von Verwandten, Freunden und Weggefährten aus der VOS-statt.

Ein herzlicher Gruß geht an die Hinterbliebenen. Die VOS wird sein bleibendes Andenken und die Erinnerung an ihn bewahren.

*VOS-Bundesvorstand, Landesgruppe, Redakteur der Freiheitsglocke, Foto: © VOS*

# Risse sind erkennbar – aber wohl nicht nur im Mauerwerk

*Neubrandenburg bekommt ein neues Polizeipräsidium. Steht es an der richtigen Stelle?*

✉ Das Staatliche Bau- und Liegenschaftsamt baut nun auf dem Neubrandenburger Lindenberg ein neues Polizeipräsidium. Bis zum Baubeginn war das einstige Areal des Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg zu großen Teilen noch in seiner Einzigartigkeit erhalten geblieben. Mit dem Neubau verliert jetzt allerdings ein weiteres, bewahrenswertes Areal der DDR-Diktatur an seiner Authentizität.

Man muss fragen: Inwieweit hat der Bauträger hier die Opferverbände der DDR-Diktatur oder einzelne Betroffene involviert? Ich kann mir schwer vorstellen, dass dieses Bauvorhaben auf Zustimmung stieß. Oder wurden die Genannten gar nicht beteiligt?

Durch die ersten Baumaßnahmen sind allerdings weitere Risse am Mauerdenkmal und an den Mauer-Wandbildern entstanden. Man muss fragen: Wie wird das Staatliche Bau- und Liegenschaftsamt diese unverhofft auftretenden Mängel beseitigen lassen und eine Rekonstruktion bzw. Ausbesserung veranlassen?

*Lohmann*

**Wider den Reißwolf: Schnipsel der Stasi-Akten**

# Misstrauen und Zweifel nehmen bei den Betroffenen weiter zu

*Das Versprechen der Politik wird nur schleppend erfüllt. Kommt es bald zum Stillstand?*

Der Bundesrechnungshof wird offenbar nicht nur aktiv, wenn es um Hinweise auf die Verschwendung und Veruntreuung von öffentlichen finanziellen Mitteln geht. Wie zu erfahren war, befasste sich das hochrangige Kontrollorgan kürzlich mit einer Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit, die in den letzten Tagen vor der Erstürmung der Behörden entstanden war. Wir erinnern: In fieberhafter Eile jagten die um ihr Leben bangenden Mitarbeiter der menschenfeindlichen Sicherheitsorgans tausende Seite an belastendem Material in dem Glauben durch den Reißwolf, die eigenen Untaten vertuschen zu können.

Der technische Fortschritt, inzwischen Künstliche Intelligenz oder einfach KI genannt, setzte diesem Akt einen Riegel vor. Die Computerprogramme haben einen bedeutend weiteren Horizont als Stasi-Leute, sie sind in der Lage, Papierschnipsel so zusammenzusetzen, dass die originalen Seiten wieder hergestellt und lesbar sind. Voraussetzung ist natürlich, dass die Politik dem folgt und die Verwaltungen die gefassten Beschlüsse durchsetzen. Und daran hapert es, so sehr die Opfer warten und die Hoffnungen der Bürger auf Aufklärung allgemein groß sind. Leider wurde, wie es der Bundesrechnungshof feststellte, bisher der Inhalt von ganzen 23 Säcken rekonstruiert. Damit ist nicht mal ein Tausendstel des Gesamtbestandes bearbeitet worden. Das ist peinlich und verwerflich in einem, und es wäre sicher zweckmäßig, die Verantwortlichen auf die hohe Erwartungshaltung der Betroffenen hinzuweisen und die Sache voranzutreiben. *V. Bosse*

# Das Motto: Bis zum letzten Mann und bis zum letzten Atemzug

*Der Bundesvorstand der VOS ist für den Verband Vorbild und Motor und macht uns Mut*

Zu einer mehrstündigen Sitzung traf sich der erweiterte Bundesvorstand der VOS am 19. Mai 2023. Besprochen wurde die derzeitige und die künftige Lage des Verbandes, die durch die zusehends abnehmende Zahl der Mitglieder geprägt ist. Es treten zwar immer noch neue Personen der VOS bei, aber dies reicht nicht, um die Abgänge auszugleichen. Zudem weist die Übersicht der Verbandsmitglieder mehrere Kameraden – nicht nur in diesem Jahr – aus, die ihren Jahresbeitrag nicht bezahlt haben. Tatsächlich werden dann nicht einmal die Bezugskosten für die Freiheitsglocke beglichen. Dies, so der Bundesvorsitzende, ist peinlich und unwürdig und schadet dem Gemeinschaftsgedanken der ehemaligen politischen Häftlinge.

In der Öffentlichkeit gibt die VOS dennoch weiterhin ein positives Bild ab. Der Verband ist nach wie vor an mehreren Stellen durch Kameradinnen und Kameraden in Rundfunk- und Fernsehräten vertreten, wo man Kontakte knüpft und auch auf die Leistungen und Verdienste der ehemaligen politischen Häftlinge hinweisen kann. In mehreren Bundesländern werden Zeitzeugen-Programme aufgelegt, die in der Öffentlichkeit, aber auch in Schulen zum Tragen kommen. Die Nachfrage ist erfreulich konstant. So wird in NRW vierteljährlich ein Newsletter erarbeitet, der den weiterführenden Schulen als eMail-Anhang zugestellt wird.

Zur Finanz-Situation traf der Vorsitzende eine erfreuliche Aussage: „Ungeachtet der Beitragsrückstände sind die Finanzen der VOS stabil.“ Dies hat mit der Studienausbildung von Hugo Diederich zu tun, der als Diplom-Betriebswirt die Ausgaben und Einnahmen sorgfältig plant und korrekt abrechnet. Kamerad Diederich war in der DDR Leiter einer größeren Zweigstelle der Sparkasse Berlin. Angemerkt sei, dass die Jahresbilanz der VOS-Finanzen der Kontrolle durch den Bundesrechnungsprüfer Detlef von Dechend unterliegt.

Ein weiteres wesentliches Thema in der Vorstandssitzung war der bevorstehende Gedenktag am 17. Juni dieses Jahres. Es wird angestrebt, an möglichst vielen Orten an den Großveranstaltungen teilzunehmen und dabei ein Zusammentreffen mit Politikern und Medien zu erreichen, um deutlich auf uns aufmerksam zu machen und zu zeigen, wie wenig man auf die soziale Notlage vieler ehemaliger politischer Häftlinge eingeht. Die einstigen Widerständler und Opfer leben vielfach in Armut, sie sind zu stolz oder zu ängstlich, ihre schlechte Einkommenssituation offenzulegen. Daran wird auch die Einführung eines Härtefallfonds nicht ändern. Da wir – notwendigerweise – an zahlreichen Gedenkfeiern teilnehmen, besteht die Möglichkeit, sich entsprechend in der Öffentlichkeit zu äußern. Erwogen wurde das Zeigen eines großen Plakats, wie wir es bei der letzten Generalversammlung ausgerollt hatten. Auf diese Weise könnten wir die Aufmerksamkeit der Medien auf uns lenken. Resümierend lässt sich feststellen, dass der Bundesvorstand vorbildlich auf den Verband einwirkt und auch Sorge trägt, das Bestehen der VOS noch lange zu sichern.

Weiter so *B. Thonn*

***Foto (v. l.): Hugo Diederich, Rotraut von Dechend, Johannes Rink, May-Britt Krüger, Felix Heinz Holtschke. (©: VOS)***

# Neuer Weg: NRW-Zeitzeugenprojekt

*Mit Ideen und Tatkraft voran*

Das Zeitzeugenprojekt der VOS im Bundesland Nordrhein-Westfalen läuft und läuft. Neben dem sprichwörtlichen Fleiß meldet es sich immer wieder mit neuen Ideen. So wurde im letzten Abschnitt der aktuellen Periode die Archivierung der Zeitzeugen-Berichte in die Wege geleitet. Dafür wurden im Zeitraum April bis Mai Video-Aufnahmen der zwölf Beteiligten angefertigt, die jeweils eine Stunde dauern und demnächst im Internet zu sehen sein sollen. Weiterhin sollen in der folgenden Stufe Kurzporträts in Form eines Zusammenschnitts für einen Werbefilm entstehen, in dem die Beteiligten mit ausgewählten Aussagen zu Wort kommen und den Schulen einen Einblick in die Zeitzeugenarbeit geben. *V. Bosse*

# Volksaufstand bleibt fester Bestandteil der Erinnerungskultur

*Ministerpräsidentin Marie-Luise Dreyer mit klarer Position zur Geschichtsaufarbeitung*

**Nachdem der Bundesvorstand der VOS im März / April ein einheitliches Schreiben an die führenden Politiker von Bund und Ländern gesandt hatte, traf im Mai die Erwiderung der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz ein. In dem von Frau Dreyer persönlich unterzeichneten Brief wird auf die Initiativen der Landesregierung verwiesen, die sich umfangreich mit der Erinnerung an den Volksaufstand vom Juni 1953 und dessen Folgen befassen, wobei auch die Würdigung der Beteiligten deutlich herausgehoben wird.**

**Lesen Sie nachfolgend den Inhalt des Schreibens.**

Sehr geehrter Herr Diederich, vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihren Appell, mit dem Sie auf den 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 aufmerksam machen. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 ist ein herausragender Meilenstein in der Demokratiegeschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist wichtig, diesen in der Erinnerungskultur präsent zu halten. Das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich aktiv an dieser Aufgabe.

Beispielsweise wird die Landeszentrale für politische Bildung die Wanderausstellung „17. Juni kompakt“ der Bundesstiftung Aufarbeitung ab dem 12. Mai in ihren Räumlichkeiten zeigen. Eröffnet wird die Ausstellung am Tag der offenen Tür, um sie einem möglichst breiten Publikum zu präsentieren. Sie wird bis zum 15. Juni in Mainz zu sehen sein. Aktuell gibt es zudem Überlegungen, die Ausstellung auch auf dem diesjährigen Rheinland-Pfalz-Tag zu zeigen, der vom 16. – 18. Juni in Band Ems stattfinden wird. Zu dem Landesfest werden über 300.000 Besucherinnen und Besucher erwartet. Darüber hinaus widmet sich die Landeszentrale für politische Bildung regelmäßig Schwerpunktthemen wie etwa „Freiheit“ oder „Protest“. In diesem Rahmen werden immer wieder Aspekte aus der Aufarbeitung der SED-Diktatur thematisiert.

Durch das Pädagogische Landesinstitut werden bereits seit vielen Jahren Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte sowie Lernmaterial und Bildungsveranstaltungen zu den Themen SED-Diktatur, Kommunismus-Geschichte, Linksextremismus und Demokratiebildung angeboten.

Zudem vermittelt eine Koordinierungsstelle für Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen Gesprächspartnerinnen und –partner an Schulen. Das Ministerium für Bildung kooperiert ferner sei Längerem mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und nutzt deren Angebote, um den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in den Unterricht einzubinden. Auch in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen ist das Thema verankert. Selbstverständlich werden wir in Rheinland-Pfalz auch künftig die Erinnerungskultur präsent halten. Für Ihr langjähriges Engagement und die Arbeit Ihrer Vereinigung danke ich Ihnen.

*Mit freundlichen Grüßen, Ihre Malu Dreyer*

**Anm.:** *Die VOS dankt Frau Dreyer für die klare Haltung*

# Jahrzehntelang Aufklärungsarbeit an Schulen betrieben

*Stadt Düren (NRW) zeichnet VOS-Mitglied Peter Hippe mit Ehrenmedaille aus*

Im Rahmen der Feierstunde zum Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 werden in der westfälischen Stadt Düren am 16. Juni 2023 ab 11 Uhr verdiente Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit der Ehrenmedaille ausgezeichnet. Zu ihnen gehört auch Kamerad Peter Hippe, der seit Jahrzehnten in den dortigen Schulen gewissenhaft Zeitzeugenarbeit leistet und sich mit seiner Initiative für das Aufstellen eines Gedenksteines zur Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus in Düren große Verdienste erworben hat.

Einen Tag später ist Peter Hippe in den Düsseldorfer Landtag eingeladen, wo er neben Jörg Bilke (ebenfalls VOS) einen Zeitzeugen-Vortrag zum Aufstand vom Juni 1953 halten wird. Für Interessenten ist die Voranmeldung erforderlich. *Hugo Diederich*

# Was wir (auch) nicht vergessen sollten

## Das D D R / K n a s t l e x i k o n

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die in der DDR nicht nur in der Haft verwendet wurden und die man nicht vergessen sollte.

Heute:

## Sechzig : Vierzig

Diesmal stellen wir einen Begriff vor, der nicht unmittelbar mit der Haft zusammenhängt. Sechzig : Vierzig war eine Vorgabe, die in der DDR für Tanz- und Musikveranstaltungen galt. Es war bei eben diesen „Events“ vorgesehen (bzw. angeordnet oder gesetzlich befohlen), dass für das Abspielen von Musik für Jugendliche 60 % DDR-Titel laufen mussten und bestenfalls 40 % Musikstücke aus dem westlichen Ausland. Umzusetzen war diese Anordnung nicht ohne weiteres, da es in der DDR vor allem im Schlagerbereich fast nur Titel gab, die die Mehrheit der Jugendlichen nicht hören wollte. Zum anderen war die Einhaltung des Verhältnisses ohnehin schwer oder gar nicht kontrollierbar, wenn zur fortgeschrittenen Stunde der Alkoholkonsum Wirkung zeigte.

Ungeachtet dessen begaben sich die Schallplatten-Unterhalter (in der DDR im Zuge der Bekämpfung von Anglizismen für Diskjockey stehend) in eine gewisse Gefahr, wenn sie Titel der Rolling Stones oder der Rockgruppe The Who auflegten, die das Potenzial hatten, Jugendliche aufzuwiegeln.

Grundsätzlich galt gerade in den 1960er Jahren die aus Großbritannien und den USA kommende Beat- und Rockmusik als Ausdruck einer klassenfeindlichen Haltung, das Hören solcher Musik in der Öffentlichkeit konnte – in Verbindung mit dem Tragen zu langer Haare und schon einfacher staatsfeindlicher Äußerungen – zur Einweisung in den Jugendwerkhof oder in die Haft führen. *Igor Gerd Lesnikow*

**Anm. d. Autors:** Sehr gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – mit oder ohne Nennung des Namens – in diese noch in der Entwicklung befindliche Rubrik auf.

# Sehnsucht nach der UdSSR, Stalin und der verlorenen Weltherrschaft

*Putins Unberechenbarkeit droht uns alle in den Abgrund zu reißen / von André Rohloff*

Aus meinen Reisen nach Russland weiß ich, dass Gorbatschow dort nicht sehr populär ist. Den Verbrecher Stalin lieben die Russen hingegen zusehends, sie setzen ihm neue Denkmäler, seine Verbrechen werden bagatellisiert, und sie sehnen sich nach der alten UdSSR zurück. Viele Russen fühlten sich nach 1990 als Verlierer. Heute leben sie in einem Russland, in dem Putin alles erreicht hat, was ein Diktator sich wünschen kann. Das Volk liebt, die Feinde fürchten ihn. Sein Regime fußt nicht auf wackligen Paragrafen der Verfassung, sondern auf unwandelbaren Gesetzen der Ergebenheit eines Vasallen zu seinem Souverän – vom Fuß der Pyramide bis nach ganz oben.

Wladimir Putins Diktatur des 21. Jahrhunderts vermeidet alle Fehler ihrer Vorgänger. Die Grenzen sind offen, alle Unzufriedenen werden unzweideutig aufgefordert, ihr Heimatland zu verlassen.

## Die katastrophalen menschlichen Verluste schwächen das Land und stärken das Regime.

Die Auswanderungswelle, die sich zu einer gewaltigen Fluchtbewegung entwickelt hat, wächst mit jedem Monat. Besonders die Elite verlässt das Land: Unternehmer, Ärzte, Wissenschaftler, Journalisten, Computer-Fachleute, Ingenieure. Diese katastrophalen menschlichen Verluste schwächen das Land und stärken das Regime.

Für jene, die in Russland bleiben, gibt es ein bewährtes Rezept: den Krieg. Patriotische Hysterie im Fernsehen ist die Wunderwaffe des Regimes. Dank diesem „Zombie-Kasten“ ergibt sich für die Bevölkerung ein ideales Weltbild: Der Westen will uns vernichten. In der Ukraine leben Faschisten und bedrohen uns … Wir sind daher wieder gezwungen – wie schon unsere Großväter – einen heiligen, aufopferungsvollen Krieg gegen den „Faschismus“ zu führen; wir sind bereit, alles für den Sieg zu opfern. Gegen diesen Krieg und gegen diese Ideologie können nur „Nationalverräter“ sein.

Unter jeder Ideologie – orthodoxes Christentum, Kommunismus und wieder Christentum – hat noch jedes Regime in Russland das Volk mithilfe des Patriotismus manipuliert. Die Niedertracht des jeweiligen Regimes besteht darin, dass es stets ein wunderbares Gefühl missbrauchte und auch weiterhin missbrauchen wird: die Liebe zur Heimat, die Bereitschaft, alles für sie zu opfern. Die Diktatur tritt an die Stelle der Heimat.

Der Patriotismus wird hingegen missbraucht, um die Heimat zu verteidigen oder um das Regime zu verteidigen. Wünscht man seiner Heimat den Sieg oder die Niederlage? Eine eigentlich unnötige Frage an jemanden, der sein Vaterland liebt. Und doch sollte man sie stellen, denn es geht um eine Heimat, die jahrhundertelang weder das eigene Volk noch die anderen Völker ringsum friedlich leben ließ. Im Bewusstsein des Volkes bleibt unklar, wo die Heimat aufhört und ein verbrecherisches Regime beginnt – alles ist verwachsen. Patriotismus ist Russlands heilige Kuh, Menschenrechte und Respekt vor dem Individuum haben dagegen geringen Stellenwert.

Die wichtigste russische Frage lautet: Wenn das Vaterland ein Monster ist, muss man es lieben oder hassen? Alles kommt hier zusammen, untrennbar verbunden. Vor langer Zeit formulierte es die russische Poesie folgendermaßen: „Jenes Herz kann nicht lernen zu lieben, das müde geworden ist zu hassen!“

Die Millionen sowjetischer Soldaten waren Sklaven ihrer Diktatur, und sie brachten der Welt nicht die Befreiung, sondern neue Sklaverei. Das Volk opferte alles für den Sieg, aber die Früchte dieses Sieges erntete nicht das Volk, sondern es fand sich weiter in Armut und noch größere Unfreiheit wieder. Der Sieg gab den Sklaven nichts, abgesehen vom Gefühl der Größe des Imperiums ihres Herrn.

Im Gewaltkonflikt mit der Ukraine ruft man die Russen wieder in den Kampf gegen einen „Faschismus“, den es realiter nicht gibt. Einmal mehr beruft sich ein Diktator auf den Patriotismus, um seine Macht zu sichern. Hysterisch prasselt es von den Bildschirmen herab. Die Rede ist vom „großen Russland“, von der Rückkehr der russischen Erde, dem Schutz der russischen Sprache oder dem Sammeln der russischen Welt. Und immer wieder lautet der Appell: „Lasst uns die Welt vor dem Faschismus retten!“

## Die Geschichte wird wieder einmal nach dem Gusto der Macht umgeschrieben

Mit der Liebe zum Vaterland köderten die Regime die Menschen, und sie werden es weiterhin tun. Erneut ruft eine Diktatur ihre Untertanen zum Verteidigungskampf auf, um sich selbst zu schützen. Der Mythos vom Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ 1945 wird dabei gnadenlos ausgenutzt. Die Machthaber von heute haben dem russischen Volk das Erdöl und das Gas, die Wahlen und das Land gestohlen. Und auch den Sieg.

Wie wird das Geld für die russische Bevölkerung verwendet? Das Sozial- und Bildungssystem krankt seit Jahrzehnten. Die Geschichte wird wieder einmal nach dem Gusto der Macht umgeschrieben – was allein aufleuchten soll, sind der militärische Ruhm und die großen Siege. Die „ruhmreiche Rückübernahme“ der Krim steht schon als vorerst unlöschbares Kapitel in den Geschichtsbüchern. Das nächste Kapitel wartet darauf, geschrieben zu werden. Es könnte so lauten: Wie der verlorene Sohn kriecht die Ukraine auf Knien zurück in die Umarmung der russischen Welt. Die Clique, die im Kreml an der Macht ist, hat beide tief miteinander verwurzelten Völker aufeinandergehetzt. Russen und Ukrainer aufeinanderzuhetzen, das ist eine unverzeihliche Niedertracht. Warum gibt Russland, russischsprachigen Menschen die in der Ukraine leben, die russische Staatsbürgerschaft? Um wieder einen Anlass zu haben, Russen in anderen Staaten schützen zu müssen?

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

Meine Freunde kommen aus Russland und der Ukraine, wen soll ich unterstützen? Die Annexion der Krim brachte Putin noch einmal die erwünschte Welle des Patriotismus. Weil die Welle nun abebbt, muss er für eine neue, womöglich noch größere Welle der Begeisterung sorgen. Die Diktatur braucht nicht einzelne Kampfhandlungen, sie braucht den Krieg. Das Schlimmste steht uns deshalb noch bevor. Und die Welt schaut zu und positioniert sich nicht eindeutig.

**„Diese Diktatur braucht keine einzelnen Kampfhandlungen, sie braucht vielmehr einen Krieg."**

Wie verlogen ist es, von Menschenrechten und dergleichen zu reden und doch nichts zu tun?

Der 9. Mai, wie er in Putins Russland auch in diesem Jahr wieder mit übertriebenem Pomp gefeiert wurde, hat nichts mit dem Sieg des sowjetischen Volkes von 1945 zu tun. Der 9. Mai ist schon lange kein Tag des Friedens und des Gedenkens an die Opfer mehr. Es ist ein Tag des Waffengeklirrs, ein Tag der Aggression, ein Tag der Kriegserklärung gegenüber Fremden und Einheimischen, ein Tag der geheimen Leichentransporte, ein Tag der großen Lüge und der großen Niedertracht und der Kaschierung selbst begangenen großen Unrechts.

**Was erwartet Russland, was erwartet uns?**

Jeder Sieg Hitlers war eine Niederlage für die Deutschen, sein Fall umgekehrt ein großer Sieg. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte hat sich gezeigt, wie ein total besiegtes Volk wiederauferstehen und weiterleben kann – ohne Fieberträume vom Krieg und mit dem Streben nach demokratischen politischen Verhältnissen. Russland dagegen ist vor unseren Augen aus dem 21. Jahrhundert in finstere Zeiten zurückgefallen. Es ist fast unmöglich, in einem Land zu leben, wo die Luft vorsätzlich mit Hass verpestet wird. Auf diesen großen Hass folgte in der Geschichte stets das große Blutvergießen.

Was erwartet Russland, was erwartet uns?

Wird es selbst zu einem riesigen Donbass? Die Unzufriedenheit der Russen steigt, Demonstrationen nehmen zu. Keine Diktatur hielt auf ewig in der Menschheitsgeschichte. Freiheit statt Sozialismus – egal welcher Coleur, darum geht es. *André Rohloff*

## VOS wünscht baldige Besserung

*Dr. Calle Winter auf dem Weg der Genesung*

Wie wir erst jetzt erfuhren, erlitt unser sympathischer Kamerad „Calle" Winter aus Magdeburg nach einem Unfall gleich mehrere schlimme Verletzungen. So sehr wir alle erschraken, erleichtert es uns, dass Calle nach einigen schwierigen Operationen nun auf dem Weg der Besserung ist. Bundesvorstand und Redakteur wünschen weiter alles Gute und eine baldige Rückkehr in die „Heimat VOS".

Dr. Carl-Heinz Winter wurde bei den letzten großen Generalversammlungen als Versammlungsleiter eingesetzt und meisterte diese keineswegs leichte Aufgabe mit guter Übersicht und Rhetorik. *(FG)*

## Holprige Wahl mit gutem Ausgang

*Der Bundesvorsitzende der VOS gratuliert dem Regierenden Bürgermeister Berlins zur Wahl*

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, lieber Kai Wegner, es ist uns ein Bedürfnis, Ihnen Herr Regierender Bürgermeister, herzlichst zur Wahl zu gratulieren. Wissen wir doch, dass wir mit Ihnen eine Person als Regierenden Bürgermeister haben, der stets an unserer Seite stand. Regelmäßig waren Sie bei unseren Gedenkveranstaltungen am Steinplatz im Stadtbezirk Wilmersdorf Charlottenburg, wo wir jährlich am 17. Juni den Opfern des Volksaufstandes vom Juni 1953 gedenken. Auch dort hat sich die Konstellation gegenüber dem Vorjahr geändert, der BVV steht nun Judith Stückler von der CDU vor.

In diesem Jahr findet unser Gedenken um 9:30 Uhr statt, es ist der 70. Jahrestag und es wäre eine Überraschung, wenn der Regierende Bürgermeister Kai Wegner auch in diesem Jahr anwesend wäre.

Dass die Wahl etwas holprig gelaufen ist, war zu erwarten, die Reaktionen der Opposition waren dagegen beschämend. Nun möchte keiner mit Stimmen der AfD gewählt werden, jedoch haben die nun in der Opposition befindlichen Parteien vorher mit der einzigen im Parlament vertretenen Täterpartei SED / Die Linke zusammen regiert.

Dies ist nun, dank ihrer guten Arbeit, Geschichte und tut uns als Opfer dieser Partei gut. Die Partei Die Linke ist nicht die Nachfolgepartei der SED, sie ist juristisch nach wie vor die gleiche Partei.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Bewältigung der Probleme dieser wunderbaren Stadt und gehen davon aus, dass sie auch in Zukunft unser Partner sind.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Hugo Diederich, Bundesvorsitzender*
*der Vereinigung der Opfer des Stalinismus*

## Stetige Treue zum Verband

***Nachruf auf Heinz Streblow***

Anfang April verstarb unerwartet der von uns allen geschätzte Heinz Streblow aus Sachsen-Anhalt. Wir alle kannten Heinz als einen zuverlässigen und hilfsbereiten Kameraden, der gern einen Scherz machte und offen über die Lehren und Leiden der Vergangenheit, aber auch die Missstände im heutigen Umgang mit den Opfern diskutierte. Heinz war jemand, der an den Treffen der Landesgruppe und den Generalversammlungen teilnahm, sofern es seine Gesundheit und sein Budget zuließen. Den Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke wurde er durch gut formulierte Textbeiträge und durch seine Bücher, die ausführlich vorgestellt wurden, bekannt. Der Verlust dieses Kameraden wiegt für die VOS – gerade weil die Mitgliederzahl abnimmt und der Altersdurchschnitt unwiderruflich steigt – schmerzlich, zumal Heinz Streblow noch einige gute Jahre vor sich hätte haben können. In der VOS wird er wegen seiner großartigen Aktivitäten und seiner Treue zum Verband ein bleibendes Gedenken behalten. Unser Mitgefühl und unsere Wünsche gehen an die Hinterbliebenen. *Bundesvorstand, Redakteur*

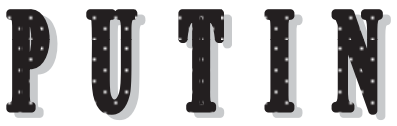
# Das starre Gesicht zeugt von Einsamkeit, Härte und Fremdheit

*Russlands Präsident fürchtet nicht die Feinde. Und wirkliche Freunde hat er schon gar nicht*

Wenn man sich an Putin gewöhnen will, muss man sich an den Krieg gewöhnen. Nicht nur an den Krieg, auch an Unrecht, Unberechenbarkeit, an Härte und Lügen. Das ist nicht neu. Genau genommen ist gar nichts neu, was die Eigenschaften des Wladimir Wladimirowitsch betrifft. Es ist eher so, dass man das Wissen darum verdrängt hat und dass man nicht glauben wollte, dass es in einem vormals wirtschaftlich aufstrebenden und zur Demokratie tendierenden Land solch einen verantwortungslosen politischen Führer geben sollte. Lange haben westliche Politiker, insonderheit auch Politikerinnen, gemeint, mit Putin sei ein Auskommen auf internationaler Ebene möglich. Selbst nach der Annexion von Teilen Georgiens und der Krim, nach den Kämpfen in der Ost-Ukraine hatte man weltweit die Augen verschlossen. Leider.

Nun sind wir mitten im Krieg bzw. an dessen Rand. Ob wir dieser Rand bleiben oder ob Putin dafür sorgt, dass wir voll umfänglich in Mitleidenschaft gezogen werden, das liegt nicht nur an Putin, sondern auch an uns. Eine Lehre, die es gibt, hat mit Afghanistan zu tun. Der überraschende, völlig unnötig scheinende Überfall auf das muslimische Land hat die Welt vor 43 Jahren in Aufruhr versetzt. Putin, der damals schon dem Geheimdienst angehörte, war 27 Jahre. Sein Geburtstag fällt ausgerechnet auf den 7. Oktober, ein Feiertag in der DDR, deren Gründungsjahr 1949 war. Dass Putin fortan in der DDR seinen Armeedienst tat und nach dem Mauerfall in sein Heimatland zurückberufen wurde, tat seinen Kenntnissen der deutschen Sprache sichtlich gut. Er konnte sie später, da er politische Ämter ausübte und in Deutschland auftrat, recht gut verwenden.

Putins Aufstieg in den 1990er Jahren ist undurchsichtig, seine Förderung durch Boris Jelzin, der in ihm eine Art Ziehsohn sah, ist jedoch offensichtlich. Mit Antritt des Ministerpräsidentenamtes erwies sich der im damaligen Leningrad Geborene dann zunehmend als Gewaltherrscher. Die Härte, mit der er in Tschetschenien durchgriff und das Land unter seine Knute brachte, die Zerstörung Grosnys und das brutale Vorgehen gegen die Bevölkerung hätten damals den Westen schon deutlich erkennen lassen müssen, mit wem man es zu tun hat. Putins unbarmherziger Führungsstil zeigte sich in weiteren Ereignissen: Beim Untergang des Atom-U-Bootes Kursk unternahm er nichts, um seine eigenen 23 Seeleute zu retten. Im Jahr 2002 kamen infolge einer Geiselnahme durch tschetschenische Rebellen im Dubrowka- Theater von Moskau 129 unschuldige Menschen ums Leben, nachdem Putin das Einleiten von Giftgas befohlen hatte. Es war ein unbegreiflicher Vorgang.




Durch eine Reihe unverständlicher und anmaßender Gesten und Äußerungen verprellte Putin westliche Regierungen und entfernte sich somit zunehmend von einem möglichen Beitritt oder zumindest lockeren Bündnis mit westlichen Staaten. Stattdessen belebte er den Gedanken der Rückkehr zum alten Sowjet neu, er schaltete wirtschaftliche und politische Konkurrenten aus und wurde zusehends zu der einsamen Gestalt, in der er der Welt heute gegenübertritt. Durch die Verhaftung der weiblichen Bandmitglieder der Mädchengruppe Pussy riot demonstrierte er, wie weit es mit seiner Tyrannei und der Ignoranz gekommen war und welch geringer Gehalt an Toleranz und demokratischem Geist bei ihm zu finden sind. Sein Gesichtsausdruck, in dem du keine Freundlichkeit und kein Lächeln finden wirst, ist der Spiegel seiner Seele. Putins Trümpfe, das Militär und die unerschöpflich scheinenden Quellen an Gas und Öl, bleiben das, womit er die Welt bisher in Schach hält und vorläufig noch seine persönliche und die Unabhängigkeit Russlands bewahren kann. Von den Ländern, die ihm bisher den Rücken stärken, nimmt China den dominierenden Platz ein. Realiter ist China jedoch Russlands großer Konkurrent, es könnte sich gar – wie in den 1960er und 1970er Jahren – zum Feind auswachsen, sollte Russland den Krieg gegen die Ukraine verlieren und sich China wegen der wirtschaftlichen Prioritäten offen dem Westen zuwenden. Schon jetzt ist absehbar, dass Chinas wirtschaftlicher Einfluss in Europa schwindet und sich bestimmte Projekte – der Ausbau des Binnenhafens in Duisburg und der Seidenstraße – verzögern oder nicht vollenden lassen. Blickt man zurück, so stößt man wiederum auf Afghanistan. Putin hat es nicht verstanden, aus dieser riesigen Niederlage die militärischen und politischen Lehren zu ziehen. Etwa eineinhalb Jahrzehnte hat der damalige Sowjet versucht, das rückständige Land unter Kontrolle zu bringen. Die Ursachen waren zum einen die damals schon unzureichende technische Ausstattung der Armee, zum anderen war die Moral der Truppe nach fast unmessbaren menschlichen Verlusten auf dem Nullpunkt.

Für die Nachfolger des alten Sowjets gab es zuletzt keine andere Lösung als den Rückzug und das Eingeständnis, einen aussichtslos gewordenen Krieg nicht gewinnen zu können. Einige Jahre später begannen die USA das gleiche Unterfangen und nahmen Afghanistan innerhalb weniger Monate ein. Ausschlaggebend waren die hochmoderne Technik und die ausgeklügeltere Strategie. In den letzten Jahrzehnten ist Russlands Rückstand in der militärtechnischen Entwicklung noch größer geworden. Würden die USA ihre modernen Waffen in der Ukraine einsetzen, wäre Russlands Vormarsch innerhalb kurzer Zeit beendet. Dass dies nicht geschieht, mag der Gefahr einer atomaren Fortsetzung seitens des Kremls geschuldet sein. Putin ist zu allem fähig, wir wissen es. Es ist also richtig, dass man weiter vorsichtig mit ihm umgeht.

*Igor Gerd Lesnikow*

# Fanatischer Verfolgungswahn und Misstrauen im SED-Staat

*Was viele vergessen und verdrängt haben, ist durch Akten und Erinnerungen dokumentiert*

Eberhard Schellenberger: Deckname Antenne Würzburger Als Journalist im Visier der Stasi“ 19.90 Euro, Würzburg 2023,

---

Dass die Finnen und die Esten in Nordosteuropa verwandte Sprachen benutzen und einander verstehen können, ist bekannt. Den Sowjetbehörden in der Estnischen Volksrepublik war das bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 ein ständiges Ärgernis, weil die „sozialistisch“ erzogenen Esten jeden Tag das „kapitalistische“ Fernsehen aus Finnland einschalteten und dort erfuhren, dass es jenseits des Finnischen Meerbusens alles zu kaufen gab, was in Estland über Jahrzehnte bitter entbehrt wurde.

An der 1400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze gab es für die ununterbrochen im „Klassenkampf“ stehenden SED-Ideologen weit schlimmere Schwierigkeiten zu überwinden: Neben der gemeinsamen Sprache gab es die in Jahrhunderten gewachsene deutsche Geschichte und Kultur und die zahlreichen Verwandtschaftsverhältnisse, die den „Aufbau des Sozialismus“ behinderten.

Der Würzburger Journalist Eberhard Schellenberger ist 1957 in Zeil am Main, 25 Kilometer von der innerdeutschen Grenze entfernt, geboren und aufgewachsen. Nach dem Abitur 1978 arbeitete er als Volontär beim „Hassfurter Tagblatt“, wechselte 1980 zum Regionalstudio „Mainfranken“ des „Bayerischen Rundfunks“ in Würzburg und wurde dort 1996 Redaktionsleiter, im Herbst 2020 ging er in den Ruhestand. Jetzt endlich fand er die Zeit, die bei der Bezirksverwaltung Suhl der Staatssicherheit über ihn seit 1984 geführten Akten aufzuarbeiten.

Wer in der Nähe der DDR-Grenze aufwuchs, blieb nicht unberührt davon, was jenseits dieser Grenze ablief. Er erfuhr von gelungenen oder gescheiterten Fluchtversuchen, von Grenzdurchbrüchen und Verhaftungen. Irgendwann versuchte er dann, sich selbst ein Bild zu machen von diesem Staat und seinen Einwohnern. Eberhard Schellenberger fuhr am 31. Oktober 1984 zu Freunden seiner Eltern nach Bautzen und blieb fünf Tage. Da war er schon vier Jahre Mitarbeiter des Würzburger Fernsehens, also kein „unbeschriebenes Blatt“ mehr, weshalb die Staatssicherheit in Cottbus unter dem Stichwort „Journalist“ eilfertig eine Akte über ihn anlegte.

**Lese**

**Zeit**

**Bücher in der Fg**

Ins Visier der Grenztruppen geraten war er, als er im Sommer 1984 für die „Welle Mainfranken“ an der DDR-Grenze bei Trappstadt im Landkreis Rhön-Grabfeld über den Abbau von Selbstschussanlagen berichtete. Die DDR-Grenztruppen ersetzten während der Reportage die Minenbergungspanzer, um ein friedliches Bild an der Grenze vorzutäuschen, kurzfristig durch Traktoren mit Pfluggeräten. Später nahm er an der Übergabe eines abgetriebenen DDR-Wetterballons durch den Bundesgrenzschutz am Grenzübergang Eußenhausen-Meiningen teil. Die Atmosphäre war eisig, außer Guten Tag und Danke wurden keine Worte von der Gegenseite gewechselt.

Dass die DDR-Behörden genau wussten, wer Eberhard Schellenberger war, als er 1984 nach Bautzen fuhr, erwies sich beim Antrag auf ein Einreisevisum. Es wurde genehmigt, er hatte als Beruf lediglich Journalist angegeben, aber die DDR-Behörden hatten ergänzt: „Bayerischer Rundfunk, Rotkreuzstraße 2a, 8700 Würzburg“.

Was den DDR-Behörden immer höchst unangenehm war, das war die unvoreingenommene Berichterstattung durch Westjournalisten über ihr Land. Die „Reise in ein fernes Land“ (Buchtitel 1964), die die drei Hamburger Journalisten Marion Gräfin Dönhoff, Rudolf Walter Leonhardt und Theo Sommer im März 1964 unternahmen, führte in einen sozialistischen Musterstaat, den es realiter nicht gab. Eberhard Schellenberger ist in Franken geboren und demokratisch erzogen worden, er fuhr ohne Scheuklappen zu Freunden in die DDR-Provinz und schrieb auf, was er gesehen und gehört hatte, zum Beispiel die Sache mit dem Hund und der westdeutschen Leberwurst.

Schon während seiner zweiten Privatreise aber in die Oberlausitz wurden Eberhard Schellenberger, seine mitreisende Ehefrau Monika und die Bautzener Gastgeber ständig überwacht. Als sie in der Nähe Zittaus von einem unbekannten Auto verfolgt wurden, suchten sie eine Gaststätte auf, worauf die beiden Insassen des Autos am Nachbartisch Platz nahmen. Während sich diese Begegnung noch wie ein Räuber- und Gendarm-Spiel anfühlte, war die unter strengen Auflagen ablaufende Dienstreise 1985 nach Dresden weit gefährlicher. Es ging um die Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Flugzeuge in der Nacht des 12./13. Februars 1945 und den Wiederaufbau der Stadt. Nach zähen Verhandlungen wurde dem Würzburger Journalisten die Einreise am 19. Juni gestattet und die Drehgenehmigung erteilt.

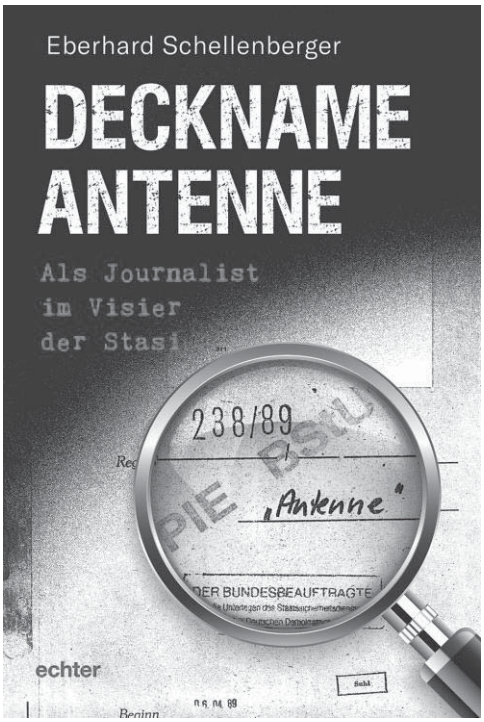
Die Auflagen waren allerdings, keine Einwohner Dresdens für ein Interview anzusprechen und kein Gespräch mit Oberbürgermeister Gerhard Schill zu führen. Aber dann lief alles anders als geplant! Ein Journalist ist immer neugierig auf andere Menschen und ihre Geschichte. Das ist seine Berufskrankheit. In Dresdens Würzburger Straße sprach Eberhard Schellenberger eine ältere Dame im Vorgarten ihres Hauses an und fragte sie, wie sie ihr zerstörtes Haus in den Nachkriegsjahren wiederaufgebaut hätte.

Gegen Ende des Interviews erklärte sie mutig, dass sie gerne einmal nach Würzburg führe, aber „hier ja eingesperrt“ wäre. Sein amtlicher Reisebegleiter, der, wie nach dem Mauerfall aus den Akten ersichtlich war, in Diensten der Staatssicherheit stand, erbleichte.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

Abends erschien diese Frau verstört im Hotel und bat dringendst darum, den letzten Satz ihres Interviews nicht zu senden.




Jetzt wurden neue Akten angelegt, Überwachungspläne ausgearbeitet, drei Würzburger Studenten angeworben.

Die von Würzburg in Unterfranken erwünschte und von Suhl in Thüringen widerwillig vollzogene Städtepartnerschaft und die konspirativen Begleitumstände von der Ratifizierung am 9. Juni 1988 bis zum Mauerfall am 9. November 1989 sind ein Paradebeispiel für die Überwachungssucht der Staatssicherheit, die der eigenen Bevölkerung zutiefst misstraute. Es begann schon damit, dass Eberhard Schellenberger am 14. März nach Suhl einreisen durfte, um ein Porträt der Stadt Suhl zu erstellen, die in Würzburg niemand kannte. Sofort nach der Einreise schickte die Grenzübergangsstelle Meiningen ein Fernschreiben an die Bezirksverwaltung Suhl und die Kreisdienststelle Suhl der Staatssicherheit mit allen Einzelheiten („Sechs Flaschen Wein sind als Gastgeschenk für den Bürgermeister von Suhl bestimmt."), die sie über den „Klassenfeind" aus Würzburg erfahren konnte. Der Reporter war quasi schon von „inoffiziellen Mitarbeitern" umstellt, ehe er überhaupt eingereist war.

Im Vorfeld der Unterzeichnung und auch danach waren die Tschekisten in Suhl im Dauereinsatz, um den westdeutschen Klassenfeind, der die Städtepartnerschaft für seine finsteren Pläne missbrauchen wollte, abzuwehren. Liest man heute, aus mehr als drei Jahrzehnten Distanz, die Überwachungsberichte von damals, so könnte man den Eindruck gewinnen, als hätte die Bundeswehr den Einmarsch in Thüringen geplant.

Am 15. November 1988 fuhr der Suhler Oberbürgermeister Joachim Kunze zum Gegenbesuch nach Würzburg. Vor der Reise war er gewarnt worden, dass das in Würzburg vorgesehene Bürgergespräch „zur Durchsetzung von Übersiedlungsversuchen" missbraucht werden könnte. Es ging um vier Suhler Familien, die ausreisen wollten, wofür sich ein Ehepaar in Mellrichstadt / Unterfranken vehement einsetzte. Die Staatssicherheit in Suhl konnte sich überhaupt nicht vorstellen, dass man im Herbst 1988 die DDR freiwillig verlassen wollte: „Durch die Verherrlichung der Lebensverhältnisse in der BRD erfolgte bisher durch das Ehepaar W. eine feindlich-negative Beeinflussung im Sinne der politisch-ideologischen Diversion, die zur Verfestigung der Übersiedlungsabsichten führte". Als die Bezirksleitung der Staatssicherheit in Suhl erfuhr, dass am 18. September 1988 in Würzburg durch den in Erfurt geborenen H. (Kennwort „Drahtzieher") ein „Freundeskreis Suhl-Würzburg" gegründet worden war, waren die Thüringer „Tschekisten", man kann es an ihren „streng vertraulichen" Einschätzungen der Gefahrenlage erkennen, aufgeschreckt und verunsichert. Nichts war ihnen mehr zuwider als Privatinitiativen unabhängiger Bürger! Jetzt wurden neue Akten angelegt, Überwachungspläne ausgearbeitet, drei Würzburger Studenten angeworben und Mitschnitte von Sendungen Eberhard Schellenbergers angefertigt. Besonders schlimm war, dass auch, so war es von H. vorgesehen, auch DDR-Bürger aus Suhl begeistert waren und dem Freundeskreis beitreten wollten.

Wenn man fast 33 Jahre nach der Wiedervereinigung, diese hier ausgebreiteten Dokumente liest, kann man nur den Kopf schütteln über die sinnlosen Aktivitäten eines Geheimdienstes, der seine Existenz dadurch rechtfertigen musste, dass er Zehntausende von DDR- Bürgern verfolgte, anklagte und in die Zuchthäuser brachte. Dem mutigen Journalisten Eberhard Schellenberger aus Würzburg ist es zu verdanken, dass dieses unsägliche Schriftgut veröffentlicht wurde.

Jörg Bernhard Bilke

## Unlöschbar: Die Stimme von Mainfranken

*Eberhard Schellenberger: der Autor, sein Buch, sein Leben*

Der Autor Eberhard Schellenberger ist 1957 geboren. Er ist bis 2020 Leiter des Regionalstudios Würzburg des Bayrischen Rundfunks gewesen. Durch seine feste Lokalverbundenheit ist er mit der Region eng verwachsen und erhielt wegen der häufigen Sendungen in mehr als vier Jahrzehnten den Beinamen „Stimme von Mainfranken". Trotz des Ruhestandes ist Schellenberger noch in Podcasts („Habe die Ehre") zu finden, wo er verschiedene Themen präsentiert. Die Nähe zur früheren Staatsgrenze – es waren 25 km – haben sowohl sein Leben wie auch seine berufliche Entwicklung geprägt. Dass er, nachdem er seine Stasi-Akte gelesen hatte, das hier vorgestellte Buch schrieb und veröffentlichte, war beinahe unvermeidlich. Schon in der Kindheit blickte er fragend in den anderen Teil Deutschlands, der ihm immer wieder Rätsel aufgab. Als im November 1989 die Mauer fiel, war er von der sich anbahnenden Wiedervereinigung nicht minder beglückt als viele Landsleute in Ost und West, und er wusste in einer live- Reportage mit der Schilderung seiner Erinnerungen einen großen Kreis an Interessenten zu finden. *ARK*

# Vergangen, doch nicht vergessen: Schicksale und Grausamkeiten

*Ariane Zabel stellt ihr neues Buch über Schicksale in der SED-Diktatur auf der Messe vor*

Leipzig ist schon immer eine Literaturstadt gewesen. Goethe war hier, Loest hat hier gelebt, Gert Richter ist hier geboren, viele andere Autorinnen und Autoren haben sich in der Stadt für ihre Werke Inspirationen geholt und gute Texte zuwege gebracht.

Die Metropole hat nicht erst seit der Wiedervereinigung unseres Landes ihren Ruf als Ausstellungsort für Bücher und öffentliche Auftritte, wenngleich ihr Profil zu DDR-Zeiten alles andere als freiheitlich demokratisch war. Zur Buchmesse gehören inzwischen unter dem Motto „Leipzig liest" jährlich 3.000 Veranstaltungen wie Autorenlesungen und Diskussionsforen. In diesem Rahmen wird auch dem Thema Widerstand und Opferschicksale während der SED-Diktatur ein breiter Raum geboten.

In diesem Jahr gab es zur Buchmesse neuerlich Gelegenheit zum Kennenlernen für Veröffentlichungen innerhalb dieser Literaturgattung, wobei die Landesgruppe Sachsen der VOS mit ihren Aktivitäten für große Aufmerksamkeit sorgte. Vorgestellt wurde das neue Buch – es ist bereits das neunte – aus der Reihe der niedergeschriebenen Häftlingsschicksale, die mit dem Bundesland Sachsen zu tun haben. Wie schon in früheren Jahren waren neben der Autorin Ariane Zabel, die zugleich das Leipziger Zeitzeugenprojekt leitet, einige Betroffene anwesend, die das Erzählte selbst erlebt und erlitten oder zu den Schicksalen recherchiert haben und nunmehr im Podium darüber sprachen. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Fast 100 Zuschauer verfolgten die Veranstaltung. Hierzu Frank Nemetz vom Landesverband: „Was hier stattfand, war eine Aufführung zum Staunen und zum Mitfühlen. Allein Ariane Zabel zuzuhören und zuzusehen sowie der Umgang mit den Zeitzeugen waren großartige Erlebnisse. Auch Dr. Steffi Lehmann aus Chemnitz, von deren Großvater der erste Beitrag im Buch handelt, hat sich mit voller Leidenschaft in die Aufarbeitung der Geschichte ihres Opas Rudolf Schwarze eingebracht. Sie hat berichtet wie sie aus den Stasi-Akten erfahren hat, welches Leid dieser Mann erfahren musste. Es zeigt, wie wichtig die Aufarbeitung auch in den Familien ist und sich junge Menschen mit der Geschichte ihrer Familie befassen wollen.

Elke Schlegel wiederum – in der DDR mehrere Monate inhaftiert – erzählte von ihren Bestrebungen, die Ausreise in die Bundesrepublik durchzusetzen und wie ihr die Behörden der DDR das Leben schwer gemacht haben. Am 28. März 1984 wurde sie ‚zwecks Klärung eines Sachverhaltes' festgenommen. Sie konnte sich kaum von ihrem Sohn verabschieden.

Dies waren emotionale Momente, die einem unter die Haut gingen. Elke Schlegel versuchte ihre Tränen zu unterdrücken, wenn es im Vortrag um ihren Sohn und das schwere Leben nach der Freilassung ging. Insgesamt war diese Buchlesung für die VOS ein großer Erfolg." Der neunte Band der Reihe der Haftberichte trägt den Titel „Wie menschenverachtend das war" und beinhaltet vier Lebensentwürfe, die in unterschiedlichen Zeitabschnitten verliefen und die jeweils gesonderte Schicksale aufweisen. Allen vier gemein ist das Scheitern an der früh einsetzenden Zwangsherrschaft des kommunistischen Sowjet und dessen gehorsamen Vasallen in der SED.

## Sie ist bei ihren Recherchen dicht an den Betroffenen, sie studiert die Lebensläufe

Autorin ist die Leipziger Diplom-Museologin Ariane Zabel, die sich seit Jahren mehr und mehr auf dem Gebiet der politischen Haft in der SBZ / DDR profiliert hat und auch die Veranstaltung zur Buchmesse moderierte. Ariane Zabel trägt verstehbar und differenziert zur Aufarbeitung dieses düsteren Teils der kommunistischen Diktatur bei. Sie ist bei ihren Recherchen dicht an den Betroffenen, sie studiert die Lebensläufe, redet lange mit ihnen und liest Akten. Sie stellt Fragen und bekommt Antworten, die sowohl persönlich Erlebtes ausleuchten wie auch die gesellschaftlichen Gegebenheiten einer ganzen Epoche in ihren realen Erscheinungsformen beschreiben. Zu den für frühere Ausgaben Interviewten gehören der in Franken lebende Publizist Dr. Jörg Bernhard Bilke, der VOS-Landesvorsitzende in Sachsen Frank Nemetz und dessen Stellvertreter Heinz Galle sowie Petra Dietz. Das auf der Messe vorgestellte Buch stieß auf großes Interesse, es wurde mit Vorworten von Hugo Diederich und Frank Nemetz versehen. Letzterer zog einen Vergleich der aktuellen russischen Aggressionspolitik mit den expansionistischen und unmenschlichen Methoden des damaligen Sowjet. Wir erinnern uns, dass im Dezember 1979 sowjetisches Militär unter einer fadenscheinigen Rechtfertigung in Afghanistan einmarschierte und dort bis in die 1990er Jahre Krieg führte. Die Parallele zum Überfall auf die Ukraine ist unübersehbar.

## „Es gibt für Miserochi keinen Grund, sich zu Hause nicht wohlzufühlen."

Es sind nicht nur die Haft- und Verfolgungsabschnitte, die bei den Lesungen auffallen. Es geht auch um die Folgen und um eine veränderte Wahrnehmung der Umwelt nach der Haft. So beschreibt einer der Porträtierten die Menschen aus den Alten Bundesländern wie folgt: „Die werden mit spitzen Ellbogen geboren … wir ticken da anders … wir sind … mehr auf Konsens und Miteinander aus als auf dieses egoistische Ich, Ich, Ich." Es ist dies die Meinung des Sohnes von Manfred Zehl, der in dem Buch an zweiter Stelle porträtiert wurde und ebenfalls angereist war. Die Meinung, die er äußert, hat sich mittlerweile bei vielen Menschen der Neuen Bundesländer festgesetzt. Ob sie der Wahrheit gerecht wird oder beide Seiten zu wenig oder nicht miteinander reden und nicht genug übereinander nachdenken, muss hier nicht gewertet werden.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite unten

Unbedingt hinzuweisen ist auf die Argumentation des MfS zum Freiheitsbegriff. Über die Absicht eines politischen Häftlings, das Leben in der DDR mit dem in Kanada tauschen zu wollen, heißt es im Schlussbericht des Organs: „Er hat keinen Grund, sich einzubilden, in Kanada oder was er sich sonst für eine Gegend aussuchen wollte, sein Glück zu machen, deswegen braucht man sich nicht leichtfertig über unsere Gesetze hinwegzusetzen und einzubilden, man könnte machen, was man will. … Es gibt für Miserochi keinen Grund, sich zu Hause nicht wohlzufühlen.“

Man erinnert sich prompt an die von der SED bei Hegel abgeschriebene Definition des Freiheitsbegriffes: *Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit*, wobei die sozialistische Ideologie den Begriff der persönlichen Freiheit, wie er im Westen thematisiert wird, rigoros ablehnt.

An einer anderen Stelle trifft die Autorin Ariane Zabel eine sehr wichtige Aussage, die zwar schon mehrfach in der Freiheitsglocke zu finden war, ansonsten aber – gerade in wissenschaftlichen Betrachtungen – nicht genug beachtet oder absichtlich verdrängt wird: *Die Ausreisebewegung trägt wesentlich zum Zusammenbruch der DDR bei.* Wer die DDR erlebt hat, der erinnert sich, welch eine Unruhe mit Nachrichten oder nur Gerüchten aufkam, in deren Mittelpunkt Antragsteller und Republikflüchtige standen. Die Devise der Mutigen lautete: „Bloß raus hier.“ Inwiefern jene, die alles zurückließen, im neuen Staat, wo sie total bei null anfangen mussten, glücklich wurden, ist schwer zu bestimmen. Wem der Neustart nicht gelang, und da sprechen wir nicht über Einzelfälle, die oder der mochte das letztlich auch nicht zugeben. Tatsächlich hat Ariane Zabel auch solche Fälle dokumentiert.

Zurück zu den konkreten Schicksalen. Wie es während und nach der Verhaftung zuging, berichtet Elke Schlegel. Es sind die Erfahrungen aller ehemaligen politischen Häftlinge: „Den vorgelegten Haftbefehl durfte ich nicht richtig durchlesen, das ging alles zu schnell.“ Nicht anders war es mit der Anklageschrift und später dem Gerichtsurteil. Es gab nichts Privates, keine Türklinken, keine Rückzugsmöglichkeit. Für Frauen war die Haft besonders schwer zu ertragen. Oft genug bangen sie um ihre Kinder, von denen sie nicht wissen, was mit ihnen geschehen ist. Und dann sind es jene Erfahrungen, die nicht nur Elke Schlegel macht. Es geht um das männliche Wachpersonal, das beim Duschen und bei anderen Gelegenheiten durch den Spion schaut. Viele dieser Wahrheiten werden bei Zeitzeugenveranstaltungen nicht ausgesprochen. Einfach aus Scham oder weil man zweifelt, ob die Schilderungen gerade bei jungen Menschen Glauben finden. Das Nacherleben der Absurdität und der Abartigkeit dieser Haft nimmt in dem Maße zu wie die zeitliche Distanz und der herablassende Umgang seitens der Politik und der Behörden mit den Betroffenen wachsen. Es werden zusehends weniger Opfer, die politische Aktualität hat nun andere Fokusse, und nicht zuletzt hat es auch mit der schwächer werdenden Physis und der angegriffenen Psyche zu tun, dass den Zeitzeugen die Vorträge mitunter zum persönlichen Kraftakt werden. Die Erinnerungen verschwimmen, sie werden aber auch unerträglich. Es ist durchaus nachvollziehbar und spricht vielen Opfern aus den Herzen, wenn Elke Schlegel abschließend in ihrem Beitrag erklärt: „Nach einem Zeitzeugen-Gespräch bin ich furchtbar müde. Ich schlafe dann zwölf, dreizehn Stunden. … Ich kann jederzeit auf eine Mine treten, die explodiert. Ich dachte, das wäre vergessen … Aber dann kommt so eine Begegnung mit Hoheneck. … ich glaube, ich kann es nie vergessen.“

Es sind Worte, die sich an jene richten, die Gutachten und Nachweise zu Erschöpfungszuständen und schleichenden Krankheiten verlangen und die dann urteilen: „Das geht anderen, die nicht in der Haft waren, auch so.“

Es ist gut und dankenswert, dass wir die Möglichkeit haben, das erlebte Schreckliche in die Schriftform zu bringen und dass sich jemand einfühlsam in das Metier einarbeitet und auf die Betroffenen eingehen kann. In diesem neunten Band wird eine solche Qualität besonders deutlich. Es wäre wichtig, dass aus den vorliegenden Texten Auszüge für die Schulbücher herausgezogen werden und dass noch viele weitere Bände folgen. Der Krieg in der Ukraine mit einem Auslöser namens Putin und dem Moskauer Kreml zeigt: Es ist nicht vorbei, im Gegenteil, die Wahrheit hält immer noch an.

*B. Thonn*

***Anm.:*** Die Lesung fand anlässlich der Buchmesse 2023 am 29. April von 13.00 bis 16.00 Uhr in Leipzig Runden in der Ecke, ehemals Stasi-Saal, statt.

***Foto (© VOS Sachsen)*:** Heinz Galle, Dr. Steffi Lehmann, Ariane Zabel, Frank Nemetz. (v .l. n. r.)

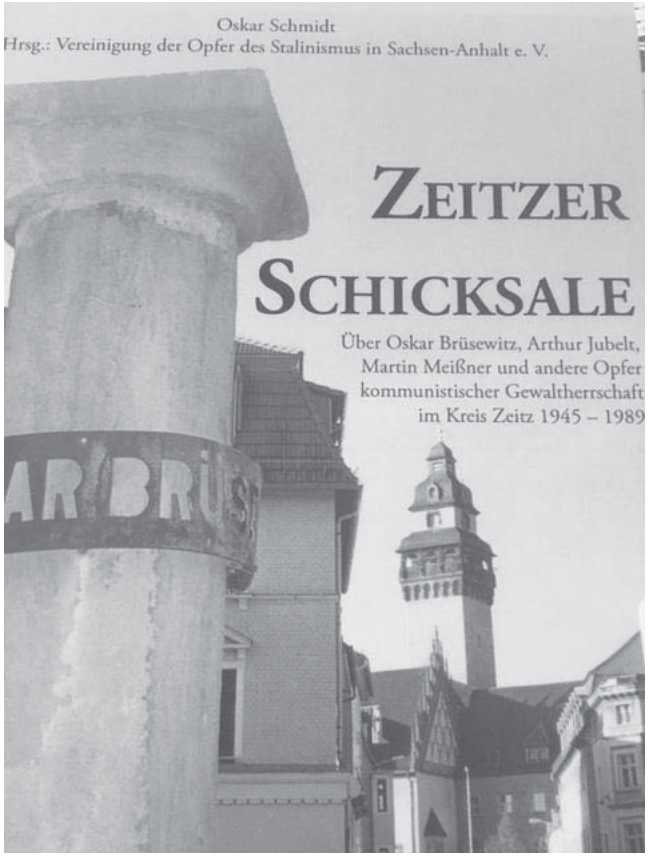
# Es geht um mutige Menschen, die nicht vergessen werden dürfen

*VOS Sachsen-Anhalt gibt ein wichtiges Buch zur Erinnerung an schwere Schicksale heraus*

Das Buch „Zeitzer Schicksale“, das Anfang des Jahres 2023 erschienen ist, ist eine notwendige Ergänzung zu zwei Zeitzer Gedenktafeln für die Opfer der SED-Diktatur und zur Brüsewitz-Säule. Zeitz selbst ist eine besuchenswerte Kleinstadt im Süden von Sachsen-Anhalt, die seit den 1980er Jahren die Hälfte ihrer Einwohnerschaft verloren hat und die als ehemals bedeutende Industriestadt, als Wahlkreis von Stasi-General Mielke und vor allem durch Pfarrer Oskar Brüsewitz (Fanal von Zeitz 1976) bekannt wurde.

In den vergangenen 20 Jahren haben engagierte Menschen gegen erheblichen Widerstand und mit Unterstützung von UOKG und VOS durch entsprechende Anträge erreicht, dass sich der Zeitzer Stadtrat mit den Schicksalen von politischen Opfern aus der SBZ- und der DDR-Zeit mehrfach beschäftigt und zwei Gedenktafeln für die Opfer der kommunistischer Diktatur beschlossen hat: vor der Orangerie am Schloss Moritzburg und auf dem Altmarkt am Gewandhaus. Außerdem konnte erheblich zur Einführung angemessener Gedenkveranstaltungen für Oskar Brüsewitz anlässlich seines Geburts- und Todestages sowie zu einer würdigen Beschriftung der Brüsewitz-Säule beigetragen werden. Die zwei Gedenktafeln vor der Orangerie und am Gewandhaus tragen keine Namen der Opfer. Deshalb wurde im November 2022 ein Buch fertiggestellt, in dem zahlreiche Schicksale berichtet werden, so dass deutlich wird, an welche konkreten Zeitzer Schicksale die zwei Gedenktafeln erinnern. Insofern ist das Buch fester und notwendiger Bestandteil der Gedenktafelinitiative.

Außerdem schildert ein Artikel das Engagement von Oskar Brüsewitz im Kreis Zeitz in den 1970er Jahren. Abgedruckt ist auch eine Rede von Peter Merseburger (1928 bis 2022), die er 2008 in seiner Geburtsstadt anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft hielt. Ausführlich gewürdigt werden im Text auch die mutigen




Zeitzer Bürger, die 1989 zum Sturz der Diktatur und zum friedlichen Umbau der Zeitzer Verwaltungsstruktur beigetragen haben. Auf sie kann Zeitz stolz sein. Ihre offizielle Würdigung in der Stadt steht noch aus. Das Buch gibt mit über 150 Abbildungen auf 425 Seiten zu verschiedenen Opfergruppen eine Übersicht, die es in dieser Weise bisher nicht gab, auch wenn in der Mitteldeutschen Zeitung im Verlaufe der vergangenen 33 Jahre über einzelne Opferschicksale bereits berichtet wurde. Der Text trägt dazu bei, den heutigen Zustand der Stadt besser zu verstehen und ist eine wesentliche Ergänzung der DDR-Regionalgeschichte sowie der bisher vorliegenden Zeitzer Geschichtsbücher und Chroniken.

Man kann das Buch für 19 € in der Zeitzer Tourist-Information am Altmarkt oder in Magdeburg beim Herausgeber (Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e. V., Anschrift siehe unten) erwerben, solange der Vorrat reicht.

Das Buch wurde zum Teil durch Spenden von Bürgern aus Zeitz und anderen Orten des Bundesgebietes, durch großzügige Spenden der Rotary Clubs Dillingen und Zeitz sowie durch einen Zuschuss der Beauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker (Magdeburg), ermöglicht. Frau Neumann-Becker schrieb auch das Geleitwort.

Bestellung des Buches beim Herausgeber möglich: Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg. Tel.: 0391- 522551, Email: vos.s-a@gmx.de Internetadresse: www.vereinigung-der-opfer-des-stalinismus-in- sachsen-anhalt.de *Dr. Carl Winter*

***Anm.:*** *Das Buch „Zeitzer Schicksale“ ist für die nächste Fg- Ausgabe für eine ausführliche Rezension vorgesehen. Bestellungen können natürlich auch an die Bundesgeschäftsstelle der VOS oder an die Redaktion geschickt werden. Weiterleitung erfolgt prompt.*

***Hinweis:*** *Über* ***Oskar Brüsewitz*** *sind bei der VOS erschienen: „Der Fall Brüsewitz – Lebensstationen 1929 bis 1964“ (von Alexander Richter-Kariger). 425 Seiten (mit Fotos) Preis 22 €. Bitte hier* ***unbedingt*** *die ISBN beachten:*
978-3-932805-78-3.

***Weiteres VOS-Buch:*** *Peter Joachim Lapp: „Zuchthausjahre. Strafgefangener in der DDR. Ein Zeitzeugen-Bericht.“ Preis: 18 Euro. Herausgegeben von der VOS. 185 Seiten mit Dokumenten.*
*978-3-932805-78-3.*

**Beide Bücher** können auch als e-book bei Amazon kindle heruntergeladen werden.

# Sachliche Diskussion und brauchbare Impulse als Fazit

*Brandenburgs Ministerpräsident Woidke lädt zur jährlichen Gesprächsrunde mit SED-Opfern ein*

Im Bundesland Brandenburg ist es inzwischen zu einer guten Tradition geworden, dass der Ministerpräsident die Vertreter der Verbände und Initiativen der Opfer der SED-Diktatur einmal im Jahr zu einem Gespräch einlädt. Während bei den ersten Runden vor etwa zehn Jahren noch ein zeitliches Ungleichgewicht in den Redebeiträgen zu beobachten war und zuweilen individuell und emotional zu stark geprägte Anliegen und Vorwürfe geäußert wurden, hat sich die Verfahrensweise geändert. Die Beteiligten bekommen vorab rechtzeitig die Möglichkeit, ihre Themen in Kurzfassung zu beschreiben. Seitens des Ministerpräsidenten kann somit eine entsprechende Vorbereitung und später eine sachliche Diskussion begonnen werden. In diesem Jahr war es nicht anders. Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg lud die Vertreter*innen der Verbände und Initiativen zum 22. Mai ein, und seit dem 18. April war formal die Gelegenheit gegeben, die Fragen, Forderungen und Anregungen in Schriftform an sein Büro zu richten. Insgesamt gab es 14 Themen, mit denen sich der Ministerpräsident und auch die beteiligten Gäste zu befassen hatten. Vorrangig ging es um das Thema Speziallager, wobei Sachsenhausen und Mühlberg im Bundesland Brandendburg liegen. Dies wurde auch an den vorab gestellten Anträgen und Fragen deutlich, die inhaltlich in die gleiche Richtung gingen. Ein gemeinsames Anliegen war die Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Gedenkstätten ist. Von den ansonsten eingereichten Fragen überschnitten sich mehrere mit den Interessen unseres Verbandes.

Seitens der VOS nahm Hugo Diederich teil, allerdings als Vertreter des Landes Brandenburg. Anerkennenswert, dass er als Bundesvorsitzender der VOS den Ministerpräsidenten auf den unbeantworteten Appell unseres Verbandes an die führenden Politiker*innen Deutschlands hinwies. Vom Brandenburgischen Ministerpräsidenten war – wie von anderen Politiker*Innnen – hierzu keine Antwort gekommen. Begründung: Man war im Büro von Herrn Woidke der Meinung, die Konferenz der Ministerpräsidenten würde gemeinsam offiziell reagieren. Da dies nicht geschah und lediglich die Schreiben von Frau Dreyer (Rheinland-Pfalz) und Herrn Kretschmer (Sachsen) sowie die Ankündigung einer Erwiderung von Herrn Ramelow (Thüringen) vorliegen, wird dies nun von Herrn Woidke in entsprechender Form nachgeholt.

In der Diskussion hervorzuheben wäre zunächst der Impuls des Forums zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg, das eine allgemeine Verankerung in den Rahmenlehrplänen für die Sekundarstufe 1 der weiterführenden Schulen für Besuche von Erinnerungsorten der NS- und SED-Diktatur als wesentlichen Bestandteil des Geschichtsunterrichts fordert. Es heißt im Antrag, dass in der Koalitionsvereinbarung bereits ein solcher Landtagsbeschluss, wonach jede(r) Schüler(in) in seiner Schulzeit mindestens je einen Gedenkort der NS- als auch der SED-Diktatur besuchen soll, bereits existiert. Dies wurde anlässlich des 60. Jahrestags des Mauerbaus gefordert. Es hieß: Historische Erinnerungsorte verstärkten die Vermittlung geschichtlichen Wissens an den Schulen. In eine ähnliche Richtung geht der Vorschlag der Fördergemeinschaft "Lindenstraße 54", die sich für eine Zusammenführung von Stiftung Gedenkstätte und Schülerprojektwerkstatt ausspricht und entsprechende Bemühungen nachdrücklich unterstützt: „Die Schülerprojektwerkstatt war schon bei ihrer Begründung 2002 allein als ein integraler Bestandteil der Gedenkstätte gedacht, an dem jährlich für durchschnittlich 5.000 Schüler*Innen Anschauungsunterricht erteilt wird.“ Etwas verwirrend ist die Tatsache, dass es gleich mehrere unterschiedlich sich bezeichnende Vereine bzw. Initiativen mit dem gleichen Bezugspunkt – Lindenstraße 54 – gibt. Neben einer Häftlingsvertretung, einem Verein zur Förderung der Projektwerkstatt Lindenstraße 54 und der vorgenannten Fördergemeinschaft übernimmt auch das Potsdamer Brandenburg-Forum das Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur und vertritt die Interessen ehemaliger Häftlinge. Erinnert sei an die Personal-Schlacht letzten Jahres, als es um die Besetzung des letzten Postens im Beirat ging, wobei man sich nach langer Diskussion gegen die Delegierung des damals 94-jährigen Ex-Insassen Jochen Stern am Ende nicht mehr wehren konnte.

Einen starken sozialen Aspekt brachte die Interessengemeinschaft Brandenburger Häftlinge ein. An den Ministerpräsident wurde die konkrete Frage gerichtet, was er zu tun gedenkt, die Benachteiligung und das auffällig nachlassende Interesse der Politik an den ehemaligen politischen Häftlingen aufzuhalten. Hierzu heißt es im Antragsformular: „Die politischen Häftlinge und im Besonderen die Überlebenden weißer Folter, in den Haftanstalten der DDR, erfahren in der fast zehnjährigen Regierungszeit des MP Dr. Woidke eine spürbare Verschlechterung ihrer berechtigten Interessen wie etwa bei der: Gleichbehandlung, Unterbindung von strukturellem Rassismus, ausgebliebener Anhebung ihrer Altersrenten über die Armutsgefährdungsgrenze von derzeit etwa 1.150 Euro netto pro Alleinstehenden, Anpassung der SED- Unrechtsbereinigungsgesetze … und den Abbau von Barrieren einschließlich mangelhafter Eingliederungshilfen. Besonders schwer sind die Wirkmechanismen bezüglich des Zugangs zum Recht.“

Hier wird eines der Themen berührt, auf das auch VOS und Freiheitsglocke schon lange hinweisen. Sicherlich unterliegt es nicht dem unmittelbaren Entscheidungsbereich des Brandenburgischen Ministerpräsidenten, dennoch dürfte es zu seinen Möglichkeiten gehören, nicht nur die Thematik bekannt zu machen, sondern vor allem dazu beizutragen, (schnelle) Lösungen herbeizuführen. Als Fazit kann man dem Bundesvorsitzenden der VOS zustimmen, dass es sich um eine gelungene Veranstaltung handelt, die in allen Bundesländern durchgeführt werden sollte.

## Torgau, Altenburg, Leipzig, Waldheim

*Dr. Jörg Bilkes Vortrag vom 2. Mai 2023 in Berlin-Mitte*

Liebe Freundinnen und Freunde, die Bibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus hat mich zu einem Vortrag über meine Haftjahre in verschiedenen DDR- Zuchthäusern eingeladen. Ich war 1961 Student der Literaturwissenschaft im siebten Semester an der Mainzer Uni. Im Juni/Juli 1961 veröffentlichte ich in der Mainzer Studentenzeitung „nobis“ sieben DDR-kritische Artikel, die der Staatssicherheit überhaupt nicht gefielen.

Deshalb wurde ich am 9. September 1961, einem Samstag, verhaftet und wegen „staatsgefährdender Hetze“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die ich in Torgau, Altenburg, Leipzig und Waldheim verbrachte. Am 25. August 1964 wurde ich mit 800 weiteren Häftlingen gegen 32 Millionen Westmark freigekauft.

Die Gedenkbibliothek befindet sich in Berlin-Mitte am Nikolaikirchplatz 5. *Jörg B. Bilke*

---

**Fg-Anm.:** Der genannte Vortrag wurde bereits gehalten. Dennoch sei darauf verwiesen, dass Dr. Bilke eine spannende Vita aufzuweisen hat, über die man in der Fg oft lesen konnte. Sein Aufenthalt im Zuchthaus Waldheim steht dabei im Mittelpunkt. Finden lässt sich die Biografie unter:
https://vos-sachsen- zeitzeugener-innerungen.de/zeitzeugen/bilke-dr-joerg/

## Ist das nicht einfach nur peinlich?

*Nach dem Urteil vom 5. Mai hat sich ’s ausgeschrödert*

Muss uns Gerhard Schröder, der von vielen Deutschen mit einem von Peinlichkeit berührten Tonfall als enger Freund Putins bezeichnet wird, leidtun? Ein Gericht hat entschieden, er habe keinen Anspruch auf die kostenlose Bereitstellung eines Büros. Man muss fragen: Braucht er ein solches Büro, und kann man ihm im Kreml nicht ein solches zur Verfügung stellen? Vielleicht bekäme er noch ein paar Rubelchen dazu, denn man weiß: Ausgediente Kanzler/innen erhalten nur um die 15 T€ Rente, genannt Pension. Man weiß auch: Viele von uns haben im Jahr nicht mal dieses Sümmchen als Altersausstattung, nicht mal, wenn man die Besondere Zuwendung einbezieht. Aber es dürften auch nur sehr wenige – vielleicht sogar niemand – da sein, die keinen Cent (oder keine Kopeke) mehr haben wollten, müssten sie dafür ihre Seele an eben diesen russischen Regierungschef verkaufen.

Wer nun glauben sollte, Frau Ex-Kanzlerin Merkel müsste mit „bescheidenen“ 15 T€ im Monat auskommen, der irrt. Frau Merkel ist sicher weit von der Pension eines ausgedienten Bundespräsidenten entfernt – dieser erhält im Jahr stolze 250 T€ – aber sie reist durchs Land und hält Vorträge. So gesehen ist sie – wie mancher Ex-Häftling – eine Zeitzeugin. Wesentlicher Unterschied: Sie erhält ein höheres Honorar. *V. Bosse*

## Gute Ausstattung nicht nur für privat

*Ein Ruhegeld für „ausgediente“ Spitzenpolitiker(innen)*

Mit dem von Ex-Kanzler Gerhard Schröder angezettelten Rechtsstreit um die Gewährung eines kostenlosen Büro-Service’ in Form einer „pauschalen rundum-Versorgung“ ist auch die Diskussion um die Vertretbarkeit einer solchen keineswegs billigen Vergünstigung für andere aus dem unmittelbaren Dienst ausgeschiedenen Politiker aufgekommen. In einer Zeit, in der es von allen Seiten geradezu nach Milliardenausgaben schreit und kaum jemand über die Finanzierbarkeit spricht, bleibt die Gewährung finanzieller Luxuspolster also offenbar eine Selbstverständlichkeit. Auf der anderen Seite werden jedoch eine schnell wachsende real existierende Armut und der voranschreitende Abbau des Mittelstandes beklagt. Auffällig dabei ist: Ehemalige politische Häftlinge aus der Zeit der SED-Diktatur sollen nach mehr als drei Jahrzehnten vor sogenannten Gutachtern Haftfolgeschäden nachweisen oder beim Sozialamt ihr bescheidenes Einkommen offenlegen. Von der Bettelei um eine Verbesserung der Opferrente gar nicht zu reden. Es heißt, führende Politiker stellen ihr Dasein in den Dienst des Landes. Somit haben sie einen Anspruch auf eine ausreichende Versorgung auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst. Allerdings: Auch ehemalige politische Häftlinge haben sich um das Land verdient gemacht. *B. Thonn*

**Wir trauern um**

| | |
|---|---|
| **Gerhard Thalacker** | **Bezirksgruppe München** |
| **Fritz Jury** | **Bezirksgruppe Cottbus** |
| **Jacob Bittermann** | **Bezirksgruppe Stuttgart** |
| **Rudolf Ritter** | **Bezirksgruppe Reichenb.-Vogt.** |
| **Günther Nollau** | **Bezirksgruppe Leipzig** |

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

**16./ 17. Juni – Gedenken**

# NRW: Gedenken im Landtag in Düsseldorf

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen und der Beauftragte der Landesregierung Heiko Hendriks laden zu einer Gesprächsrunde anlässlich des 70. Jahrestages des 17. Juni 1953 ein.

**Ort: Landtag Nordrhein-Westfalen, Platz d. Landtags 1, Düsseldorf**

**Zeit: Freitag, 16. Juni 2023, 15:00 bis 19:00 Uhr**

## Ablauf:

**14.50** Uhr Begrüßung durch das Landtagsprotokoll am Haupteingang des Landtags Nordrhein-Westfalen

**15.00 Uhr – 16.00** Uhr Informationsprogramm durch den Besucherdienst – auf Wunsch mit Besuch der Plenardebatte

**16.00 Uhr – 17.00** Uhr Empfang für die Vertreterinnen und Vertreter der in NRW ansässigen SED-Opferverbände durch den Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen im Empfangsraum bei Kaffee und Kuchen

**17.00** Uhr **– 19.00** Uhr "Historische" Doppelstunde im Raum E 1 A 16. Begrüßung: Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung

**Grußwort:** Felix-Heinz Holtschke, Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) NRW

**Videogrußwort**: Nathanael Liminski, Minister f. Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien NRW u. Chef der Staatskanzlei

**Impulsreferat** zur: Prof. Winfried Halder
Historiker und Direktor des Gerhart Hauptmann Hauses in Düsseldorf

**Zeitzeugenberichte**:
Dr. Jörg Bernard Bilke (Coburg)
Peter Hippe (Düren)

**Bitte beachten**: kostenfreie Parkplätze (begrenzte Anzahl) in der Tiefgarage (Ebene U 2)

Bitte gültigen Personalausweis und die Einladung für den Einlass in den Landtag bereithalten.

## Berlin: Traditionelles Gedenken an den 17. Juni 1953 am Steinplatz

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir wieder des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedenken. Am Sonnabend, dem

## 17. Juni 2023 um 09.30 Uhr

findet die Gedenkveranstaltung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. mit dem Bezirksamt Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, am Steinplatz in Berlin statt. Wir alle sind aufgerufen, am 70. Jahrestag die Opfer des Volksaufstandes zu ehren. Gerade in einer Zeit, wo mitten in Europa Russland ein demokratisches Land überfallen hat. Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

*Hugo Diederich, Bundesvorsitzender*

**VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)**
**Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin**

**PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666**

„Freiheitsglocke", herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

**Bundesgeschäftsstelle der VOS**
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80** und **030 – 2655 23 81**
**Fax: 030 - 2655 23 82**
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**
**BIC: PBNK DEFF**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**
**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**
**Mail: lv-berlin@vos-ev.de**
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke" vom Verbandsleben informiert.

**Jahresbeiträge:**

| | |
|---|---|
| – **einheitlich für alle Mitglieder** | 45,00 € |
| – Ehepartner (ohne Freiheitsglocke) | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

**Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!**

**Internetseiten der VOS** www.vos-ev.de
Fg-Nummer 849/850 erscheint Mai / Junil 2023
Redaktionsschluss der FG 847/848 am 16. Mai 2023